

Überbevölkerung? Nachdenkliches nach Kairo

Von Hans Thomas, Köln

Moraldebatten haben bei der Weltbevölkerungskonferenz vom 5. bis 13. September 1994 in Kairo einen unerwartet breiten Raum eingenommen. Auslöser war die vatikanische Delegation auf persönliche Veranlassung des Papstes. Einige, vor allem lateinamerikanische Delegationen hatten sich dem Anliegen des Papstes angeschlossen. Auch hatte seine Initiative einige islamische Länder ermutigt, ihrerseits religiös begründete ethische Bedenken stärker in die Waagschale zu werfen. Man kann darüber streiten, ob die Moraldebatten davon abgelenkt haben, daß die »Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung« kaum über Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen diskutiert hat.

Nicht erst bei der Weltbevölkerungskonferenz selbst, sondern auch schon bei der dritten Vorbereitungskonferenz in New York im April 1994 hatte die vatikanische Delegation unter der Leitung von Erzbischof Renato Raffaele Martino hartnäckig auf eindeutige Bekenntnisse gegen Abtreibung und zur Familie gedrängt und auf differenzierte Klarheit, was etwaigen Zwang zu »Familienplanung« und die Öffnung entsprechender Programme für Jugendliche angeht. Der Päpstliche Rat für die Familie hatte 1993 ein umfangreiches »instrumentum laboris« über »Demographische Entwicklungen – ihre ethischen und pastoralen Dimensionen«¹ vorgelegt, und im März 1994 hatte der Papst einen persönlichen Brief an die Staatspräsidenten der Teilnehmernationen² und einen persönlichen Brief an die Exekutivdirektorin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) Frau Nafis Sadik³ geschrieben. Sie war auch die Generalsekretärin der Weltbevölkerungskonferenz.

Die Konferenz fand im September statt. Das vorausgehende »Sommerloch« hatte der Weltpresse uferlos Platz geboten, Zukunftsszenarien eines unter andrängenden Menschenmassen erstickenden Planeten auszumalen und Ängste zu schüren. Dessen hatten sich die deutschen Medien nachhaltig und besonders einheitlich angenommen. Und nun war der Papst wieder einmal dagegen, daß geschehe, was nun einmal zu tun sei, und zwar international konzertiert in einer globalen Bevölkerungspolitik, nämlich etwas gegen die vielen Geburten unter den Ärmsten in der Dritten Welt. Wieder kam der Papst mit seinen »unverantwortlichen« moralischen Bedenken. »Moral gegen Sachverstand«, so lautete, um es auf eine kurze Formel zu bringen, die kritische Botschaft ungezählter Presseberichte und -kommentare zum Geschehen auf der Weltbevölkerungskonferenz. Der geballte Sachverstand von zehntausend

¹ Deutsche Fassung bei Libreria Editrice Vaticana, Città del Vaticano 1994.

² Brief v. 19. 3. 1994, in: Osservatore Romano 15. 4. 94 (Dtsche. Ausg. Nr. 17 v. 29. 4. 94).

³ Brief v. 18. 3. 1994, in: Osservatore Romano 19. 3. 93 (Dtsche. Ausg. Nr. 18 v. 6. 5. 94).

Spezialisten, den die Weltkonferenz mühsam versammelt habe, sei von einer Handvoll moralisierender Fundamentalisten – einer unheiligen katholisch-islamischen Allianz – mit endlosen Moraldebatten aufgehalten worden.

Um der Konferenz gerecht zu werden, muß man sich von diesem Medien-Stimmungsbild befreien. Tatsächlich sieht das Abschlußdokument der Konferenz, das Aktionsprogramm⁴, schon durchaus anders aus als noch der Entwurf nach der dritten Vorbereitungskonferenz vom April 1994.⁵ Das schließlich verabschiedete Aktionsprogramm hat durch diese Debatten manches an Klarheit in menschenrechtlichen Fragen gewonnen. Im übrigen trägt es eine Reihe von konsensfähigen Einsichten zusammen, darunter die Bedeutung der Entwicklung für die Entschärfung des Bevölkerungs»problems«, die Würdigung der Rolle der Frau für die Entwicklung, die Notwendigkeit ihres Zugangs zu Bildung und Ausbildung, die Dringlichkeit eines verstärkten Gesundheitsschutzes für Mutter und Kind, den Vorrang der nichtstaatlichen vor der staatlichen Initiative in Sachen Entwicklung, den Hinweis auf die Hausaufgaben der Industrieländer, nämlich selbst weniger Ressourcen und Umwelt zu verbrauchen, umweltverträglichere Technologien zu entwickeln und den Entwicklungsländern zu einer ökologisch tragbaren, zukunftsfähigen, das heißt »nachhaltigen« Entwicklung (sustainable development) zu verhelfen. Hinzu kommen aufgrund jener Debatten mindestens eine Absage an Abtreibung als Mittel der Familienplanung (Aktionsprogramm 7.24/8.25)⁶, ein Bekenntnis zur Familie als

⁴ Aktionsprogramm der Konferenz der Vereinten Nationen über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) – Informativische Übersetzung v. 14. 10. 94 (Entwurf), hrsg. v. Deutsche Ges. f. die Vereinten Nationen, Bonn.

⁵ Draft Programme of Action of the International Conference on Population and Development, vorläufige Ausgabe, Mai 1994, ausgl. v. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Göttingen.

⁶ Der schließliche Erfolg der vatikanischen Delegation besteht nicht in einer generellen Ächtung des Schwangerschaftsabbruchs im Aktionsprogramm, sondern nur darin, daß er – wie schon bei der WBK 1984 in Mexico – als zu förderndes ordentliches Mittel von Familienplanungsprogrammen ausgeschlossen wird. Als Mittel der Gesundheitsversorgung und Konfliktbewältigung, um eine Art Recht auf ein gesundes Kind zu verwirklichen (vgl. 7.2) und als Antidot gegen »gefährliche Schwangerschaftsabbrüche« (durch Dilletanten oder unter medizinisch mangelhaften Umständen) wurde er nicht ausgeschlossen, bleibt vielmehr implizit Teil der Pflege reproduktiver Gesundheit. Das Aktionsprogramm verweist insoweit auf die nationalen gesetzlichen Regelungen. Der meist umkämpfte Abschnitt hat abschließend folgenden Wortlaut:

»8.25 Auf keinen Fall sollte der Schwangerschaftsabbruch als eine Familienplanungsmethode gefördert werden. Alle Regierungen und einschlägigen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sind aufgefordert, sich der Gesundheit der Frauen stärker zu verpflichten, sich mit gesundheitlichen Auswirkungen eines gefährlichen Schwangerschaftsabbruchs als einer wichtigen Frage der Volksgesundheit auseinanderzusetzen und die Notwendigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen durch erweiterte und verbesserte Familienplanungsdienste zu verringern. Die Verhütung ungewollter Schwangerschaften muß immer höchsten Vorrang erhalten, und es sollte alles versucht werden, um die Notwendigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs auszuschalten. Frauen mit einer ungewollten Schwangerschaft sollten ohne weiteres Zugang zu zuverlässigen Informationen und einfühlsamer Beratung haben. Über jegliche Maßnahmen oder Veränderungen in bezug auf den Schwangerschaftsabbruch innerhalb des Gesundheitssystems kann nur auf nationaler oder örtlicher Ebene entsprechend dem nationalen legislativen Prozeß entschieden werden. In Fällen, in denen Schwangerschaftsabbrüche nicht gegen die rechtlichen Bestimmungen verstoßen, sollte ein solcher Schwangerschaftsabbruch ungefährlich sein. Auf jeden Fall sollten Frauen Zugang zu hochwertigen Diensten für die Behandlung von Komplikationen infolge eines gefährlichen Schwangerschaftsabbruchs haben. Beratung, Aufklärung und Familienplanungsdienste sollten nach einem Schwangerschaftsabbruch unverzüglich angeboten werden, was auch zur Vermeidung erneuter Schwangerschaftsabbrüche beitragen wird«.

Kern der Gesellschaft mit Anerkennung des Elternrechts (2.9/5.1/7.45)⁷ und eine gewisse Bereinigung des Dokuments von den schillernden Neologismen »sexuelle Gesundheit« und »reproduktive Rechte«, die aber nach wie vor eine hinreichende inhaltliche Bestimmung vermissen lassen.⁸ Mindestens aber hatte jemand nach einer präzisen inhaltlichen Bestimmung dieser neuen Begriffe gefragt und immerhin konnte das Schlußdokument im Großen und Ganzen, das heißt unter Aussparung einiger Abschnitte und mit bestimmten Vorbehalten gegenüber nicht eindeutiger Begrifflichkeit, auch von der vatikanischen Delegation angenommen werden – erstmals bei einer Weltbevölkerungskonferenz. Unter die Vorbehalte fällt auch die Frage nach den Methoden von Familienplanung.

In Sachen Empfängnisverhütung hatte Erzbischof Martino bereits bei der letzten Sitzung des Vorbereitungs Komitees die Erklärung abgegeben, der Vatikan bestehe

⁷ Das Bekenntnis zur Familie als Keimzelle der Gesellschaft begleitet der Hinweis auf plurale Formen der Familie; eine Präzisierung, daß die Ehe eine Verbindung von einem Mann und einer Frau ist, fehlt im Aktionsprogramm.

⁸ Gem. Definition in Abschn. 7.2 ist Reproduktive Gesundheit (Gesundheit der Fortpflanzung) »ein Zustand uneingeschränkten körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens – und nicht nur das Nichtvorhandensein von Krankheit oder Gebrechen – bei allen Aspekten, die mit den Fortpflanzungsorganen und ihren Funktionen und Prozessen verbunden sind. Reproduktive Gesundheit bedeutet deshalb, daß Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben haben können und daß sie die Fähigkeit zur Fortpflanzung und die freie Entscheidung darüber haben, ob, wann und wie oft sie hiervon Gebrauch machen wollen. In diese letzte Bedingung eingeschlossen sind das Recht von Männern und Frauen, informiert zu werden und Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden ihrer Wahl sowie zu anderen Methoden ihrer Wahl zur Fertilitätsregulierung zu haben, die nicht gegen die rechtlichen Bestimmungen verstoßen, und das Recht auf Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, die es Frauen ermöglichen, eine Schwangerschaft und Entbindung sicher zu überstehen, und die für Paare die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, daß sie ein gesundes Kind bekommen. Entsprechend der obigen Definition des Begriffs reproduktive Gesundheit ist die Pflege der reproduktiven Gesundheit als das Zusammenwirken von Methoden, Verfahren und Dienstleistungen definiert, die zur reproduktiven Gesundheit und zum Wohlbefinden durch Verhütung und Behebung von Beeinträchtigungen der reproduktiven Gesundheit beitragen. Sie umfaßt auch die sexuelle Gesundheit, deren Zweck die Bereicherung des Lebens und der persönlichen Beziehungen und nicht lediglich die Beratung und Betreuung in bezug auf Fortpflanzung und durch Geschlechtsverkehr übertragene Krankheiten ist.«
Reproduktive Rechte (Rechte bezüglich der Fortpflanzung) umfassen gem. Abschn. 7.3 »bestimmte Menschenrechte, die bereits in nationalen Rechtsvorschriften, völkerrechtlichen Menschenrechtsdokumenten und anderen Dokumenten der Vereinten Nationen, in denen ein Konsens zum Ausdruck kommt, anerkannt sind. Diese Rechte stützen sich auf die Anerkennung des Grundrechts aller Paare und Individuen, frei und eigenverantwortlich über die Anzahl, den Geburtenabstand und den Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder zu entscheiden und über die diesbezüglichen Informationen und Mittel zu verfügen, sowie des Rechts auf Erfüllung der zu verwirklichenden höchsten Anforderungen bezüglich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Dies umfaßt auch das Recht von Paaren und Einzelpersonen, frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt Entscheidungen in bezug auf die Fortpflanzung zu treffen, wie es in Menschenrechtsdokumenten niedergelegt ist. Bei der Ausübung dieses Rechts sollten die Menschen die Bedürfnisse ihrer bereits lebenden und ihrer zukünftigen Kinder sowie ihre Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft berücksichtigen. Die Förderung der verantwortungsbewußten Ausübung dieser Rechte für alle Menschen sollte für vom Staat und von der Gemeinschaft unterstützte grundsatzpolitische Konzeptionen und Programme auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit, einschließlich Familienplanung, die wesentliche Grundlage sein. Im Rahmen ihrer Verpflichtung sollte der Förderung von auf gegenseitiger Achtung beruhenden und gleichberechtigten Beziehungen zwischen den Geschlechtern und insbesondere der Deckung des Aufklärungs- und Dienstleistungsbedarfs von Heranwachsenden, damit sie positiv und verantwortungsbewußt mit ihrer Sexualität umgehen können, volle Aufmerksamkeit geschenkt werden.«

nicht auf einer weiteren Debatte der Weltkonferenz über dieses Thema und ziehe den Einspruch gegen den (nicht präzisierten) Begriff »Familienplanung« zurück. Es gibt ja genügend auch für die katholische Kirche annehmbare Methoden der Familienplanung wie heraufgesetztes Heiratsalter, temporäre Enthaltensamkeit, Natürliche Familienplanung – »NFP«. Dieser Begriff kommt bemerkenswerterweise im gesamten Text des Aktionsprogramms nur einmal vor. Von der abschließenden generellen Zustimmung der vatikanischen Delegation zum deutlich verbesserten Text blieben aber einige der Abtreibung gewidmete Passagen (bes. 8.25) und die Abschnitte des 7. Kapitels, die ohne Erwähnung elterlicher Rechte und ethischer Aspekte Heranwachsende geradezu zu einem liberal-sexuellen Lebensstil ermutigen, ausdrücklich ausgespart. Weitere Vorbehalte trafen die »Aufweichung manch familienbezogener Terminologie«. Dies alles werde, so der Sprecher der vatikanischen Delegation, Joaquín Navarro Valls, auf die Dauer den Einzelnen und der Gesellschaft nur Schaden bringen.

Einen Eindruck erwachender Aufmerksamkeit vermittelt es immerhin, daß etwa »sexuelle Gesundheit« durch »Fortpflanzungsgesundheit« ersetzt wurde. Daß »Fruchtbarkeitsregulierung« gegen »Regulierung der Fruchtbarkeit« ausgetauscht wurde, hängt mit dem UNO-Rahmen der Konferenz zusammen. In einem früheren UNO-Dokument kommt das Wort »Fruchtbarkeitsregulierung« vor und schließt dort Abtreibung ein. »Regulierung der Fruchtbarkeit« sollte dieser Vorbelastung entgehen.

Nun ist es, darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben, mit dem Abschlußpapier nicht getan. Welche Absichten, muß man sich vielmehr weiter fragen, und vor allem, welche Kräfte standen – und stehen dann auch weiterhin – hinter den Ursprungsformulierungen, die eben Abtreibung doch als Mittel der Familienplanung rechtfertigen und ein individualistisch-emanzipatorisches Selbstbestimmungsrecht der Frau auch gegen die Familie durchsetzen wollten. Und sollten solch unbestimmte Begriffe wie »sexuelle« und »reproduktive« Gesundheit und Rechte nicht erst einmal eingeführt werden, um ihren Inhalt später, wenn die Wörter schon akzeptiert sind, dann nach und nach bekanntzugeben? Die Fragestellung reicht hin, um die Sorge des Papstes nicht unbegründet erscheinen zu lassen. Das entscheidend zwischen New York und Washington entworfene Aktionsprogramm gegenüber den Ärmsten der Welt setze, hatte der Papst im März 1994 den Staatspräsidenten geschrieben, hohe kulturelle Werte aufs Spiel und laufe Gefahr, die Familie zwischen Individualismus und Politik zu erdrücken. Nach Kairo wird die Wachsamkeit der Praxis gelten müssen. Und der 4. Internationalen Frauenkonferenz im September 1995 in Peking. Denn wenn schon in Kairo die reproduktiven Rechte und Gesundheit der Frau so in den Mittelpunkt rückten, dann ist das für Peking erst recht zu erwarten.

»Reproduktive Rechte« der Frau

Auf die Frage nach der Herkunft des Begriffs »reproduktive Rechte« läßt ein Strategiepapier, das beim sogenannten »Women's Caucus« (Frauenausschuß) des »NGO-Forums« in Kairo dort vertrauenswürdig erscheinenden Teilnehmerinnen zugesteckt wurde, keinen Zweifel mehr.

Unweit des Hauptkonferenzortes der 182 Länderdelegationen mit ihren 3.500 Teilnehmern, wo in der Aula Cheops des Kongreßzentrums vor dem Plenum die Grundsatzreden und -diskussionen stattfanden und in der Aula Chefred der Hauptausschuß das Aktionsprogramm bearbeitete, war in Kairo, zu Fuß schnell erreichbar, das Forum der Nichtregierungsorganisationen (deutsch: NRO; engl.: NGO – Non-Governmental Organization) im Olympiazentrum untergebracht. Hier tagte eine etwa doppelt so große Anzahl von Teilnehmern, von denen viele auch als Berater der Delegierten oder Lobbyisten tätig wurden. Im Rahmen des NGO-Forums traf sich täglich um 9 und 13 Uhr der »Women's Caucus«. Den Vorsitz führte die ehemalige amerikanische Kongreßabgeordnete Bella Abzug, eine ausgewiesene Vertreterin des in den USA etablierten Feminismus der 70er Jahre. Zunächst bei der National Organization for Women (NOW) engagiert, gründete sie später die Women's Environmental and Development Organization (WEDO) in New York, eine bei der UNO akkreditierte NGO, die auch die Clinton-Regierung berät, an der Abfassung des Aktionsprogrammwerfs beteiligt war und in Kairo privilegierten Zugang zur Hauptkonferenz und allen Delegierten hatte.

Das 75 Seiten starke Strategiepapier trägt den Titel »Sexual and Reproductive Rights and Health as Human Rights: Concepts and Strategies. An Introduction for Activists.« (Sexuelle und Reproduktive Rechte und Gesundheit als Menschenrechte: Begriffe und Strategien. Eine Einführung für Aktivisten) und wurde eigens für das NGO-Forum in Kairo verfaßt von zwei Professorinnen, den Direktorinnen der jeweiligen Institute für Frauenrechte in den rechtswissenschaftlichen Abteilungen zweier Universitäten in New York.⁹ Das Papier liefert als Grundlagenmaterial Auszüge aus einer Fülle von UN-Erklärungen, -Entschlieûungen und -Projektvorlagen zum Thema Menschenrechte. Aus einer Perspektive radikaler Gleichsetzung von Mann und Frau (die auch keine besonderen Schutzrechte für Frauen gelten läßt und selbst biologische Unterschiede tabuisiert) finden die Verfasserinnen in den zu diesem Zweck ausgewählten Texten Anknüpfungspunkte, die ihrer Meinung nach implizit bereits ein Menschenrecht auf Abtreibung enthalten oder andeuten, das es nun explizit aus diesen Quellen abzuleiten gilt, um die Menschenrechtsdoktrin insoweit frauenrechtlich weiterzuentwickeln und schließlich die reproduktiven Rechte der Frauen einschließlich Abtreibung als Menschenrecht international zu etablieren. Ferner enthält das Papier eine Art Führer durch das Labyrinth der UNO-Institutionen, insbesondere derjenigen, die in irgendeiner Weise maßgeblich mit Menschen- und Frauenrechtsfragen befaßt oder zu entsprechender Einflußnahme dienlich sind. Schließlich zeigt das Papier die Funktionsmechanismen dieser Kommissionen, Ausschüsse, Arbeitsgruppen auf und gibt Empfehlungen, wie solche Einflußnahmen am aussichtsreichsten zu bewerkstelligen sind. So berufen, um nur ein Beispiel zu nennen, die Menschenrechtskommission und ihre Untergliederungen häufig sogenannte

⁹ Ronda Copelon, Professorin und Direktorin der International Women's Human Rights Law Clinic (IWHR) En la defensa de los Derechos Humanos de la Mujer (DEHMUJER), City University of New York (CUNY), School of Law; und Berta Esperanza Hernández, Professorin und Direktorin des International Women's Human Rights Project of the Center for Law and Public Policy, St. John's University, School of Law, New York.

»special rapporteurs«. Das sind Einzelpersonen, die nicht zum UN-Personal gehören, aber im UN-Auftrag als Beobachter, Berichterstatter, Fachgutachter, usw. herangezogen werden. Es gibt Rapporteurs mit themenbezogenem oder länderbezogenem Auftrag. »Fraglos«, heißt es hierzu in dem Papier, »liegt ein bedeutsames neues Potential, um die reproduktiven und sexuellen Rechte und Gesundheit der Frauen als Menschenrechte durchzusetzen, darin, die Rapporteurs und Arbeitsgruppen zu benutzen.«¹⁰

Offenkundiges Fernziel des Strategiepapiers ist die internationale Erklärung eines individuellen Menschenrechts auf reproduktive und sexuelle Gesundheit, eines Anspruchs auf ein »befriedigendes und ungefährliches Sexualleben«.¹¹ Abtreibung auf Verlangen, daran lassen weder das Strategiepapier noch das Aktionsprogramm in der ursprünglichen Fassung einen Zweifel, soll in einem solchen Recht eingeschlossen sein. Im verabschiedeten Aktionsprogramm von Kairo wurde zwar ein direktes Recht auf Abtreibung abgewendet und Abtreibung als Mittel der Familienplanung abgelehnt. Im Hinblick auf die Einwände bereits bei der III. Vorbereitungskonferenz in New York hatte vorsorglich auch schon der Vorsitzende der International Planned Parenthood Federation IPPF (deutsche Sektion: Pro Familia) Fred Sai den NGOs im April nahegelegt, wenn »legal abortion« (rechtmäßige Abtreibung) nicht durchzusetzen sei, sollten sie »safe abortion« (ungefährliche Abtreibung) fordern. Diese Forderung ist mindestens indirekt im Repertoire des in Kairo verabschiedeten Aktionsprogramms enthalten. Um eine abtreibungsentschlossene Schwangere vor einer »gefährlichen«, d.h. unsachgemäßen Abtreibung zu schützen, ist dann eine fachgerechte Abtreibung zu gewährleisten. So bedeutet das Prinzip »safe abortion« (ungefährlich? für wen?) den Einstieg in die allgemeine Abtreibungsfreigabe. »In Fällen, in denen Schwangerschaftsabbrüche nicht gegen die rechtlichen Bestimmungen verstoßen«, heißt es in Abschnitt 8.25 des Aktionsprogramms, »sollte ein solcher Schwangerschaftsabbruch ungefährlich sein.« Daß er nach der Intention des Aktionsprogramms nicht gesetzlich verboten sein sollte, ist allenthalben offenkundig.

Man erkennt drei Stufen der Strategie, deren erste erreicht wurde: daß einer abtreibungswilligen Schwangeren praktisch eine Abtreibung nicht verweigert werden darf. Sie muß nur durchblicken lassen, daß diese sonst unfachgerecht vorgenommen wird. Wäre – zweite Stufe – das Aktionsprogramm in der ursprünglichen Fassung angenommen worden, hätte dies eine internationale Legitimation nicht nur jener Praxis mancher Industrieländer, zumal der USA, und internationaler Institutionen wie IWF und Weltbank bedeutet, Kreditvergabe an Entwicklungsländer oder andere Entwicklungshilfeleistungen von nationalen Familienplanungsprogrammen abhängig zu machen, sondern auch die Legalisierung der Abtreibung zu verlangen. Die Erklärung eines entsprechenden Menschenrechts – dritte Stufe – hätte zur Folge, daß

¹⁰ »There is unquestionably significant new potential for advancing women's reproductive and sexual rights and health as human rights through using the rapporteurs and working groups. Coordinated action among women in different countries to press a particular theme can also enhance the attention to the problem and development of the needed documentation.« (Strategiepapier, S. 67).

¹¹ Aktionsprogramm 7.2 (vgl. Anm. 8).

jeder Staat mit restriktiver Abtreibungsgesetzgebung der Verletzung der Menschenrechte beschuldigt werden könnte.

Angesichts des im Women's Caucus verbreiteten Strategiepapiers verwundert es nicht, daß die in den USA heimischen Grabenkämpfe zwischen Altfeministinnen wie Bella Abzug, die den Women's Caucus leitete, und amerikanischen pro-life-Frauengruppen ihre Fortsetzung fanden in einem Kleinkrieg hinter den – und nicht nur hinter den – Kulissen. Als an beiden Saalmikrofonen je eine Angehörige des National Institute for Womanhood NIW (pro life) gestanden habe, berichtet eine Journalistin, sei eine Frau zum Podium geeilt, habe sich über den Tisch zu Bella Abzug gebeugt und, von der Simultanübersetzung erfaßt und übertragen, gesagt: »Unsere Leute an die Mikros! Die Lebensschützer sind hier.«¹² Eine andere Journalistin will nach einer Plenarsitzung, auf der sich Widerstände gegen das Aktionsprogramm als aussichtsreich abzeichneten, im Bus Bella Abzugs aufgeregte Bemerkung aufgeschnappt haben: »Das ist unsere Konferenz. Wir haben sie zusammengestellt. Es ist unsere Sprache. Wir haben das Dokument verfaßt. Wir werden nicht zulassen, daß es scheitert.«¹³ Am Freitagabend, als die Vatikanische Delegation ihren Einspruch gegen den Abschnitt 8.25 des Aktionsprogramms durchgesetzt hatte, soll eine Vertreterin der NOW (The National Organization for Women) namens Rosemary Dempsey mit Hilfe des amerikanischen Staatssekretärs Timothy Wirth vom State Department den katholischen Geistlichen Keith Tucci, Mitglied der pro-life-Bewegung »Operation Rescue«, bei den Sicherheitskräften angezeigt haben. Er sei, gab sie an, in einem Mordfall in Florida an einem Abtreibungsarzt verwickelt. Tucci wurde in einem Hotelzimmer festgehalten, bis er auf Intervention des aufmerksamen amerikanischen Kongreßabgeordneten Christopher Smith und des Botschafters in Kairo Walker wieder freikam.¹⁴ Die Journalistin, die das berichtet, will auch eine Spaltung zwischen den Altfeministinnen der 70er Jahre und den »back-to-nature«-Feministinnen der 90er Jahre beobachtet haben, die sich auch für Nebenwirkungen von Verhütungstechniken und Abreibungen interessierten.

Auch wenn solch atmosphärische Berichte, von welcher Seite auch immer, kein Argument beitragen, erklären sie vielleicht, warum man aus Kairo vergeblich auf Berichte über aufrichtigen interkulturellen Nord-Süd-Dialog, zumal über Frauen- und Familienfragen, gewartet hat. Teilnehmerinnen aus der Dritten Welt, die nicht auf Einladung von Veranstalter- oder Sponsororganisationen, sondern spontan oder in Vertretung heimischer Gruppen angereist waren wie etwa Mrs. Mercy Wambui aus Kenia mit ihrer Klage, daß sie in ihrem Land zwar leicht an Kontrazeptiva, aber nur sehr schwer an Aspirin komme, fanden wohl schwer ein interessiertes Forum. Auch Sister Ann Carr aus Malawi hätte gern vernehmlicher vorgetragen, daß in ihrem Unterricht auf dem Dorf die Frauen an zwei Unterrichtstagen die Handhabung der NFP (Natürliche Familienplanung) gut lernen, dann aber noch weitere fünf Unterrichtstage folgen, an denen von der Würde der Person und der Ehe die Rede ist.

¹² R. B. Media, Inc., Springfield, IL, Tagesbericht Kairo 9. 9. 94 (M.A. Budnik).

¹³ Ebd.

¹⁴ R. B. Media, Inc., Springfield, IL., Tagesbericht Kairo 12. 9. 1994.

Auch nationale Delegierte aus Zentralamerika erzählten dem Journalisten John Waller von *The Washington Times* zwar persönlich, sprachen aber nicht öffentlich von dem Druck aus den USA, der vor der Konferenz zu Hause bereits auf die Zusammensetzung der Delegation ausgeübt wurde und sich nun in Kairo auf deren Mitglieder fortsetzte, die ihre Einwände doch besser noch einmal überdenken sollten.

Sowohl von Regierungsseite wie seitens der großen Privatorganisationen wie Population Council, Population Action International, Pathfinder Fund, Ford Foundation u.a.m. mit ihren reichlichen Geldmitteln waren die Vereinigten Staaten in Kairo überrepräsentiert, wenngleich die wohl größte vertretene NGO, die International Planned Parenthood Federation IPPF, ihren Zentralsitz in London hat. Sie hat weltweit 133 nationale Sektionen, in Deutschland: Pro Familia. Fred Sai, Weltvorsitzender der IPPF, war zugleich Vorsitzender des Hauptausschusses der Weltbevölkerungskonferenz. Dem Veranstalterpersonal und den nationalen Delegationen gehörten insgesamt 200 Mitglieder oder Mitarbeiter der IPPF und ähnlicher Familienplanungsorganisationen an.¹⁵ Auch Frau Dr. Nafis Sadik, die Generalsekretärin der Konferenz, war früher lange bei IPPF tätig. Ob die Pharma-Industrie sich an der Konferenz beteiligt hat, darüber gibt es wohl nur Vermutungen. Den ankommenden amerikanischen Kongreßteilnehmern machte am Flughafen in Kairo der Konzern Wyeth-Ayerst aufmerksame Aufwartung. Wyeth-Ayerst ist der Hersteller von Norplant, einem besonders in der Dritten Welt verwendeten Depot-Kontrazeptivum, das operativ unter der Haut, meist am Arm, eingesetzt wird und Frauen eine Zeitlang sterilisiert.

Widerstände gegen Abtreibung wie auch gegen die Versuchung, westliche Ideen von sexueller Befreiung und eine »Verhütungsmentalität« zu propagieren, kamen in den letzten Jahren vorwiegend von religiöser Seite. Der Begriff »Reproduktive Gesundheit« findet sich auch im Namen der neuen amerikanischen Organisation »The Religious Consultation on Population, Reproductive Health and Ethics.« Ihr Präsident, Prof. Dr. Daniel C. Maguire, Inhaber eines Lehrstuhls für Ethik an der katholischen Marquette University in Milwaukee, referierte in Kairo am Donnerstag, 8. 9. 94, vor dem Plenum. Seine Organisation wird von der Ford-Foundation unterhalten. Für die Organisation arbeiten 45 Wissenschaftler, vorwiegend Theologen verschiedener Religionen: Juden, Hindus, Muslime, Buddhisten, Christen unterschiedlicher Bekenntnisse.¹⁶ Zweck der Organisation ist die Suche nach Anknüpfungspunkten für eine ethische Legitimation von Bevölkerungspolitik und liberaler Sexualmoral in den verschiedenen religiösen Lehrsystemen. Innerhalb deren Theologie sollen entsprechende Ansätze ausgearbeitet werden, um sie dann im Dialog mit den Religionen in deren Katechese einzuführen. Die Initiative entstand nach Maguires eigenen Worten aus der Überlegung der Ford-Foundation, daß man letzten Endes die Bevölkerungsfrage gegen die Religionen nicht werde lösen können. Zuerst habe man gedacht, so Maguire, es werde alles nur schwieriger, wenn man die Religionen einbeziehe. Inzwischen sei man der Meinung, mit bloßen Kurven und Statistiken komme

¹⁵ S. Anm. 12, ebd.

¹⁶ Milwaukee Journal, 31. 8. 94.

man nicht zurecht. Man müsse die Sache zum Anliegen der Religionen selbst machen und in die religiöse Vorstellungswelt der Leute bringen. Kairo sei für die Organisation interessant, weil die Konferenz helfe, ihr Tätigkeitsprogramm für die Zeit nach Kairo näher zu bestimmen.¹⁷

Offenbar hatte auch der Clinton-Regierung das Gelingen der Weltbevölkerungskonferenz im ursprünglich geplanten Sinne am Herzen gelegen. US-Diplomaten soll aus dem State Department empfohlen worden sein, in ihren Gastländern auf Zustimmung zur größeren Freigabe der Abtreibung im UN-Bevölkerungsaktionsplan zu drängen.¹⁸ Am 15. 3. 94 schreiben zwei Kongreßabgeordnete an Präsident Clinton mit Bezug auf Versicherungen des Außenministers Warren Christopher vor dem Auswärtigen Ausschuß, das State Departement werde sich in der Frage mehr zurückhalten, und bitten den Präsidenten, die Abgabe einer Empfehlung zugunsten Abtreibungsfreigabe an die UNO zu verhindern. Sie hätten Kenntnis, daß der US-Delegierte bei der UN-Kommission für die Stellung der Frau am Donnerstag, dem 17. März 1994, eine Resolution mit dem Titel »Geschlechtergleichheit in Bevölkerungsprogrammen« einreichen soll, gemäß der »Regierungen, internationale Körperschaften und Nichtregierungsorganisationen gedrängt werden sollen, bevölkerungs- und entwicklungspolitische Maßnahmen zu ergreifen oder zu erweitern, (...) die die reproduktiven Rechte von Frauen einschließlich Zugang zu ungefährlicher, freiwilliger, rechtmäßiger Abtreibung schützen.«¹⁹ (Zwei Tage später schreibt der Papst an die Staatspräsidenten).

Senator Jesse Helms, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses, legt dem Senat am 13. 7. 94 einen Entschließungsantrag vor, nach dem es der Regierung in Zukunft verboten sein soll, mit auswärtiger Hilfe für die Änderung von Abtreibungsgesetzen zu werben. Der Antrag wird mit 58 zu 42 Stimmen abgelehnt.²⁰ Daraufhin schicken 70 Kongreßabgeordnete am 18. 7. 94 ein Schreiben an die Regierungschefs von rund 100 Ländern mit restriktiven Abtreibungsregelungen und ermutigen sie »im Namen von mehreren zehn Millionen pro-life-Amerikanern«, Widerstand gegen jede Art von Druck zu leisten und jeden Vorschlag oder Wortlaut des Kairo-Abschlußtextes zurückzuweisen, der in ihrem Land geltende Abtreibungsverbote lockern oder aufheben könnte. »Was Berichte über Druck in Sachen Abtreibungsbefürwortung im Kairo-Dokument angeht«, so endet das Schreiben, »werden wir bemüht sein, aktiv zu intervenieren, wenn irgendwelche US-Beauftragten, US-Delegierten oder internationale Organisationen auf diesem sensiblen Gebiet in Rechte und Verantwortlichkeiten von Nationen eingreifen.«²¹ In Kairo sagte der Kongreßabgeordnete Christopher H. Smith Regierungsmitgliedern anderer Länder unverblümt, daß »wenn das Aktionsprogramm in seiner gegenwärtigen Fassung verabschiedet wird, die ernsthafte Gefahr besteht, daß sowohl einzelne Bürger wie souveräne Regierungen einem subtilen oder offenen Zwang ausgesetzt sein werden,

¹⁷ Interview v. M. A. Budnik, R. B. Media Inc., Springfield, IL. 7. 9. 94.

¹⁸ R. B. Media, Inc., Springfield, IL. 29. 8. 94.

¹⁹ Kopie des Schreibens liegt d. Verf. vor.

²⁰ S. Anm. 18, ebd.

²¹ Kopie des Schreibens liegt d. Verf. vor.

Abtreibung als Mittel der Familienplanung zu akzeptieren, weil es zur Bedingung für Kreditvergabe oder Hilfszahlungen wird.«²²

Vizepräsident Al Gore sah sich bei seiner Rede in Kairo zu der Beschwichtigung veranlaßt, daß die Verfassung der Vereinigten Staaten zwar innerhalb ihrer Grenzen das Recht auf eine Abtreibung auf Verlangen einräumt²³, die Vereinigten Staaten aber kein neues internationales Recht auf Abtreibung etablieren wollen. »Im übrigen glauben wir«, so Al Gore, »daß diesbezügliche Entscheidungen Sache jeder Regierung sind, die diese im Rahmen des herrschenden Rechts und der je nationalen Eigenarten treffen muß – und in Übereinstimmung mit den bereits anerkannten Menschenrechtsstandards.«

Daß ein Recht auf Abtreibung in den Rang eines solch international anerkannten Menschenrechts erhoben werden soll, war für die feministische Lobby in den Vereinigten Staaten eine ausgemachte Sache. Was nach Kairo an »sexuellen Rechten« der Frau noch fehle, ließe sich beim Weltsozialgipfel in Kopenhagen (März 1995), vor allem aber auf der Weltfrauenkonferenz in Peking (Sept. 1995) noch durchsetzen. Bei der Vorbereitungskonferenz für Peking in New York (15. 3.–4. 4. 95) kam es zu einer tagelangen sogenannten »gender«-Debatte. Das englische Wort »gender« (Geschlecht), eigentlich ein Synonym für »sex«, kam im Entwurf für die Pekinger »Aktionsplattform« an die 300 mal vor. Wie sich zeigte, verstanden die radikalen Vertreterinnen des etablierten US-Feminismus aber unter »gender« – im Gegensatz zu »sex«, womit die biologische Geschlechtszugehörigkeit gemeint war – die Geschlechter»rollen« in der Gesellschaft, die rein soziale oder kulturelle Konstrukte seien und verändert werden könnten und müßten. Geschlechterrollen und Biologie müßten nicht zusammengehen. Manche Länderdelegierte begannen zu begreifen, daß sich hinter dem so verstandenen Begriff »gender« eine Option für »homosexuellen Lebensstil« als gleichwertige Alternative zu ehelicher Liebe und Familie verbergen mochte, die die Forderungen nach einem Recht der Frauen auf »sexuelle Selbstbestimmung«, auf »sexuelle Identität« oder freie »sexuelle Orientierung« in einem fragwürdigeren Licht erscheinen ließen.

Ob die feministische und lesbische Lobby in New York nun den Bogen überspannt hatte, oder ob die seit November 1994 in beiden Häusern des US-Kongresses mehrheitliche Opposition die Regierung an der Rückendeckung hinderte, deren sich die Lobby für Abtreibung und »sexuelle Rechte« zum Zeitpunkt der Rede von Al Gore in Kairo noch sicher sein konnte, jedenfalls wurde auf Drängen nicht nur des Hl. Stuhls die »sexuelle Orientierung« in Peking gestrichen, wurden die »sexuellen Rechte« aus der Pekinger Erklärung, nicht aber aus der Aktionsplattform entfernt.²⁴ Es wird des genaueren Textstudiums der Aktionsplattform bedürfen, um herauszufinden, welche Spielräume der Interpretation nunmehr das Recht auf »sexuelle Selbstbestimmung« eröffnet.

²² S. Anm. 18, ebd.

²³ Das trifft so nicht zu. Die US-Verfassung erklärt das Recht auf Leben. Die Freigabe der Abtreibung geht auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zurück. Dies könne weder dem Kongreß noch dem Präsidenten angelastet werden, betont das Schreiben der 70 Kongreßabgeordneten (vgl. Anm. 21).

²⁴ Petra Kolonko, Nach dem Ende der Konferenz beginnt der schwierigere Teil, F. A. Z. v. 16. 9. 1995, S. 8.

Ist eine internationale Bevölkerungspolitik notwendig?

Im übrigen ging die kritische Formel »Moral gegen Sachverstand« auch schon deshalb fehl, weil die Weltbevölkerungskonferenz kein wissenschaftlicher Kongreß war, sondern eine politische Versammlung, und zwar mit einem höchst konkreten Ziel, nämlich bis zum Jahr 2000 weltweit jährlich 17 Milliarden US-Dollar zu mobilisieren, die nicht in Entwicklungshilfe fließen sollen, sondern – zusätzlich und ergänzend – in bevölkerungspolitische Aktionen, vornehmlich in die Finanzierung eines weltweit flächendeckenden Angebots von Verhütungswissen und Verhütungstechniken.

Geburtenbeschränkenden Zwangsmaßnahmen erteilt das Aktionsprogramm eine Absage.²⁵ Nur in totalitären Systemen lassen sich Kinderzahlen durch Zwang begrenzen. Chinas Einkindfamilienprogramm ist das augenfälligste Beispiel. Laut Informationsdienst für die Weltbevölkerungskonferenz 1994 des National Institute for Womanhood, Washington, ist Chinas Geburtenkontrollpolitik seit 1980 von der IPPF und dem UN-Bevölkerungsfonds finanziell gefördert worden.²⁶ Zwangsmaßnahmen, so hatte die Exekutivdirektorin des UN-Weltbevölkerungsfonds und Generalsekretärin der Weltbevölkerungskonferenz, Frau Dr. Nafis Sadik, im Vorfeld der Konferenz wiederholt gesagt, schieden schon aus menschenrechtlichen Gründen aus. Aber auch, weil sie sich nicht bewährt hätten. Tatsächlich wurden die Zwangssterilisierungsprogramme der 70er Jahre in Indien für Indira Gandhi schließlich politisch brisant und wirkten sich eher kontraproduktiv aus.

Weil die Weltbevölkerungskonferenz keine wissenschaftliche, sondern eine politische Versammlung war, konnte die Notwendigkeit bevölkerungspolitischer Aktion in den Entwicklungsländern als vorausgesetzt gelten. Über die Notwendigkeit wurde nicht mehr – etwa im Lichte jüngerer demographischer Entwicklungen – diskutiert. Nicht wenige Demographen und Entwicklungsökonomien melden inzwischen allerdings Zweifel an dieser Notwendigkeit an, manche auch an der Wirksamkeit einer speziellen Bevölkerungspolitik. Solche Zweifel hegt offenbar auch der Papst und stützt sich dabei durchaus auf wissenschaftlichen Sachverstand, wie das Mitglied der vatikanischen Delegation, der australische Msgr. Peter Elliot vom Päpstlichen Rat für die Familie, in einem BBC-Interview vom 12. 9. 1994 in Kairo deutlich zu erkennen gab.²⁷ Allerdings spricht der Papst nicht als Demograph oder Entwicklungsökonom, sondern als Papst – als Anwalt, wie er gerne sagt, des Lebens und des Menschen. Deshalb war seine Sprache moralisch, und als solche der politischen Versammlung angemessen, wird es doch allenthalben zunehmend geschätzt, wenn gerade in der Politik auch die ethischen Grenzen der Machbarkeit aufgezeigt werden. Daß dies – entgegen manch ironisch-westlichem Kommentar – weithin verstanden wurde, zumal von Vertretern aus Entwicklungsländern, zeigte manch spontane Zustimmung, die Erzbischof Martino in Kairo verbuchen konnte.

²⁵ »Jede Art von Zwang hat hier keinen Platz« (7.12).

²⁶ The National Institute for Womanhood, Information Manual for ICPD '94, Washington 1994, 11 f.

²⁷ Mitschnitt M. A. Budnik, R. B. Media, Inc., Springfield, Transcript-Fax v. Kairo 12. 9. 94.

Dem Recht auf Familienplanung hat er zugestimmt. Darunter versteht der Papst das Recht der Eltern, die Zahl und den Abstand der Geburten selbst zu bestimmen – unter Abwägung aller Faktoren und Beachtung des natürlichen Moralgesetzes. Im Aktionsprogramm (7.3/7.12) ist die Rede vom Grundrecht aller Paare und Individuen, frei und eigenverantwortlich über die Anzahl und den Abstand der Geburten selbst zu bestimmen. Der feine Unterschied ist gleichwohl groß: Nicht nur das natürliche Moralgesetz bleibt auf der Strecke, sondern auch Ehe und Familie. Promiskuität und Jugendsex sind programmiert. Familienplanung, wie der Papst sie gutheißt, muß nicht nur frei von staatlichem oder internationalem Zwang sein, sondern überhaupt von Druck, Angst, Fremdeinmischung oder Indoktrination von außen. Diese Familienplanung wird durch Bildung, besonders auch der Frau, durch Wirtschafts- und Wohlstandswachstum, kurz: durch Entwicklung gefördert, ja ist in dem Begriff Entwicklung schon enthalten. Kairos Formel aber lautet: Entwicklung plus Familienplanung. Sobald jedoch von zweierlei die Rede ist, erhebt sich der Verdacht, daß Familienplanung zur lebensfeindlichen Strategie wird.

Zum zentralen Anliegen wurde in Kairo die Förderung der Frau. Das hat der Papst begrüßt, bedeutete es doch eine unmittelbarere Orientierung am Menschen und nicht nur an Zahlen. War in der europäischen Moderne die Rolle der Frau mißachtet worden, so war jetzt Gelegenheit, den Fehler nicht zu wiederholen und die Bedeutung der Frauen im Entwicklungsprozeß programmatisch hervorzuheben. Allerdings sprechen die Texte nicht nur von »promotion« (Förderung), vielmehr von »empowerment of women« (Ermächtigung der Frauen). Dieses feministische Mehr klingt nach »Frauen an die Macht«. Es muß nicht so verstanden werden. Die Quellentexte haben es allerdings so gemeint. Der Zweifel, ob hier nicht unter dem Vorwand der Förderung der Frau westlich-individualistische Ideen von »sexueller Befreiung« in familienorientierte Kulturen der Dritten Welt importiert werden sollen, wurde nicht entkräftet.

Triebkraft der Konferenz wie ihres Aktionsprogramms war und ist das an der wachsenden Weltbevölkerung sich entzündende Problembewußtsein, das seinerseits die Notwendigkeit globaler Bevölkerungspolitik seit den 60er Jahren auf die internationale Tagesordnung gesetzt hat. Das Problembewußtsein ist seit den 60er Jahren unverändert, während bei näherem Hinsehen die angegebene Hauptursache des Problems bereits mehrfach gewechselt hat. Ursprünglich war es der drohende Mangel an Ressourcen, der den bevölkerungspolitischen Alarm auslöste. Noch 1975 war der baldige Hungertod Indiens in aller Munde, den Paul Ehrlich in seinem Bestseller von 1968 »The Population Bomb« (Die Bevölkerungsbombe) prophezeit hatte. Und der Club-of-Rome-Bericht von 1972 »Die Grenzen des Wachstums« hatte die Verknappung von allerhand Rohstoffen computerhochgerechnet bis zum Termin der Katastrophe. Die apokalyptischen Voraussagen traten nicht ein. Angeblich von Erschöpfung bedrohte Rohstoffe wurden sogar billiger, und Indien exportierte plötzlich Nahrungsmittel. Die Crux mit den apokalyptischen Hochrechnungen – ob mit Rechenschieber oder Computer – ist immer die gleiche. Eingespeist wurden Probleme und herauskamen Probleme. Spätere Lösungen wurden nicht mit eingespeist, weil sie noch nicht gefunden waren. Auf die leichte Schulter nehmen darf man dennoch gegenwärtige Probleme nicht.

Von der Ressourcenverknappung wurde in den 80er Jahren kaum noch geredet. Die Umweltbelastungen traten in den Vordergrund, und das Problem darf nicht verniedlicht werden. Als globale Herausforderung war uns die Ökologie allerdings erst wenige Jahre zuvor ins Bewußtsein getreten. Spätestens beim Umweltgipfel in Rio 1992 erwies sich dann das ökologische Argument als Bumerang für die Industrieländer. Das Argument ist gänzlich ungeeignet, um die Dritte Welt bevölkerungspolitisch in die Pflicht zu nehmen. Denn 80 Prozent der Umweltbelastungen werden in den Industrieländern produziert, die auch 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. In Kairo galt das Hauptinteresse nun nicht mehr Entwicklung und Umwelt, sondern der Rolle und der Förderung der Frau, aber vor allem ihren »reproduktiven Rechten.«

Demographischer Wandel und Entwicklung

Das Kairo-Papier ist im Grunde ein globales Umerziehungsprogramm für die Dritte Welt. Die Entwicklungsländer sollen zu dem »vernünftigen« Reproduktionsverhalten der Industrieländer umerzogen werden. Die erste Frage, die sich aufdrängt, ist: Wie »vernünftig« ist denn das Reproduktionsverhalten der Industrieländer?

Beispiel Deutschland: Rasantes Bevölkerungswachstum im 19. Jahrhundert. Im Jahr 1876 werden je 1000 Einwohner 41 Kinder geboren, im Jahr 1900 noch 36. Das sind bei einer Bevölkerung von 56 Millionen über 2 Millionen Kinder (1994 bei 81,5 Millionen 750.000 Geburten²⁸). Die Fruchtbarkeitsrate liegt 1900 bei fast 5 Kindern je Frau, dann sinkt sie so schnell, daß »Ehen, die nach 1920 geschlossen werden, keine bestandserhaltenden Kinderzahlen mehr aufweisen.«²⁹ Da aber noch eine große Zahl von Jugendlichen in die Ehe treten, wächst die Bevölkerung noch. Der »Babyboom« der Nachkriegszeit bringt es wieder zu einer bestandserhaltenden Geburtenrate. Das alles war vor dem eigentlichen »Pillenknicke«. Die Nettoerproduktionsrate liegt 1969 bei 1, die Fruchtbarkeitsrate bei 2,1 Kindern je Frau. Unter hohen medizinischen Standards (Kindersterblichkeit fast Null) reicht das gerade hin, damit langfristig die Kindergenerationen die Elterngenerationen ersetzen. 1972 Nullwachstum der Bevölkerung. Ausgleich von Wiegen und Särgen. Der inzwischen eingesetzte Verhütungsboom (und die in dessen Gefolge zunehmend freigegebene Abtreibung, die – historisch irrtümlich – für eine Notfolge mangelnder Verhütung angesehen wird) drückt die Fruchtbarkeitsrate immer tiefer, bis auf ca. 1,3 Kinder je Frau in den letzten Jahren. Seit Beginn der 70er Jahre gibt es mehr Säрге als Wiegen. Die Zahl der Deutschen nimmt ab, ihr Durchschnittsalter zu, wobei die Veränderung in der Altersstruktur der Bevölkerung die gravierendere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Herausforderung sein dürfte. Allerdings wurde das Problem in den letzten Jahren verdeckt. Der Bevölkerungsschwund wurde durch Zuwanderung kompensiert,

²⁸ Davon Ausländeranteil 6,9 Millionen mit rund 100.000 Geburten, Deutsche also rund 75 Millionen mit 650.000 Geburten oder 8,5 Geburten je 1.000 Einwohner (Auskunft Statistisches Bundesamt).

²⁹ Meinhard Miegel/Stefanie Wahl, Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst, München/Landsberg 1993, S. 87.

zeitweise überkompensiert. Aber auch Bevölkerungsschwund verläuft geometrisch, er beschleunigt sich. Bleibt es dauerhaft bei einer Fruchtbarkeitsrate von 1,3 Kindern je Frau, schrumpfen in 70 Jahren die Deutschen auf die Hälfte. Wollten sie das Defizit auffüllen, brauchten sie kontinuierlich wachsende Zuwanderung, und zwar aus immer fernerer Ländern. Denn Deutschland liegt mit dieser Entwicklung, für die kein demographiegeschichtlicher Präzedenzfall bekannt ist, zwar unter den westlichen Industrienationen (noch) an der Spitze, aber der Trend gilt für alle Industrieländer einschließlich mancher, die noch vor kurzem als Entwicklungsländer galten. Dem Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern steht also bereits eine unausweichliche Bevölkerungsschrumpfung in Industrieländern gegenüber.

Jahrelang wurde die Vorstellung verbreitet, das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern sei der Grund für deren Armut. In den letzten Jahren wurde dann vielfach umgekehrt argumentiert: die Armut sei die Ursache für viele Kinder und somit für das Bevölkerungswachstum.³⁰ Diese Umkehrung ist gewiß weniger falsch, greift aber zu kurz und kann auch in die Irre führen. Sie ist zudem widersprüchlich, besonders wenn die Rede von der sogenannten »Rationalitätenfalle« ist. Damit ist gemeint, daß sich die Armen in der Dritten Welt individuell ganz rational verhalten, wenn sie viele Kinder bekommen. Das sei die einzige Gewähr, im Alter versorgt zu sein. Außerdem brauchten die Eltern unter den Bedingungen schlichter Subsistenzlandwirtschaft auch oft einfach die Mitarbeit der Kinder.³¹ Dieses individuell rationale Verhalten sei es nun aber gerade, was die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes hemme und die Armut festschreibe. Widersprüchlich an der Argumentation ist, daß sie zeigen soll, wie Armut zum Bevölkerungswachstum führt, dann aber wieder unterstellt, daß Bevölkerungswachstum zu Armut führt. In Wirklichkeit behauptet sie beides im Sinne eines *circulus vitiosus*.³² Auch könnten die Entwicklungsländer den Industrieländern deren »Rationalitätenfalle« vorhalten: Um für die Altersversorgung nicht auf eigene Kinder angewiesen zu sein, hätten sie kollektive Sicherungssysteme aufgebaut, die tatsächlich eigene Kinder überflüssig machten. Das individuell rationale Verhalten, keine Kinder zu haben, bringe aber, aufs Ganze gesehen, gerade die Sozialsysteme zum Einsturz. Jedenfalls entbehrt es auch nicht eines gewissen Zynismus, den Abbau des Sozialsystems Familie zu betreiben, ehe kollektive Sicherungssysteme garantiert werden können. Ein weiteres Problem des Argumentierens mit der »Rationalitätenfalle« der Entwicklungsländer liegt in der zwangsläufigen Versuchung der Industriegesellschaften, ihre rationale Vorstellung vom *bonum commune* der Entwicklungsländer einseitig gegen die spontane Freiheit der dortigen Menschen auszuspielen, über die Zahl ihrer Kinder selbst zu entscheiden.

³⁰ Vgl. Franz Böckle, Hans-Rimbert Hennen, Herbert Kötter, Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt, hrsg. v. d. Wissensch. Arbeitsgruppe für Weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (1990), S. 7.

³¹ Th. Panayotou, Population, Environment and Development, in: Robert Cassen (Hrsg.): Population and Development: Old Debates, New Conclusions. Washington DC, 1944 (Overseas Development Council); hier zit. nach *The Economist* 28. 5. 1994, S. 94.

³² S. Anm. 30, S. 17.

Das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt ist eine Folge von Entwicklung. Die Ursache ist die gesunkene Sterblichkeit: der Sieg über den vorzeitigen Tod. Erst weitere Entwicklung paßt dann nach und nach die Fruchtbarkeit der gesunkenen Sterblichkeit wieder an. Das war in Europa nicht anders. Weniger Kriege, gewisse Fortschritte in der Landwirtschaft und verbesserte Ernährung und Hygiene führten im 18. Jahrhundert zu Bevölkerungszunahmen. Das Wachsen der Bevölkerung wurde zum kontroversen Thema der aufgeklärten Geister. Condorcet in Frankreich und die klassischen Wirtschaftsliberalen Englands wie Adam Smith sahen darin etwas durchaus Positives. Anders der anglikanische Geistliche und Bevölkerungstheoretiker Thomas Robert Malthus. 1798 veröffentlichte er seinen »Essay on the Principle of Population« (Über das Bevölkerungsgesetz), den er 1803 und 1826 je noch einmal erweiterte. Der Tenor des Essay unterscheidet sich von der Mehrzahl der deutschen Medienbeiträge vom Sommer 1994 zur »Bevölkerungsexplosion« nur dadurch, daß Malthus' Sprache noch unverblümt ist, seine Methodenempfehlung, um des Problems Herr zu werden, allerdings moralische Sorgen erkennen läßt. Er unterscheidet »vice« (Laster, wozu er Abtreibung und Verhütung rechnet) und »self-restraint« (Selbstbeherrschung). Andernfalls werde – dritte Möglichkeit – »misery« (Verelendung) das Problem lösen.

Malthus' Ausgangsthese ist einfach: Der Geschlechtstrieb ist so, daß von sich aus die Bevölkerung immer zunimmt. Und sie nimmt geometrisch zu (2, 4, 8, 16..), während die landwirtschaftliche Produktion allenfalls arithmetisch wächst (2, 3, 4, 5..). Also läuft das Bevölkerungswachstum der Nahrungsmittelproduktion immer davon. Kriege, Hungertod und Seuchen sorgen dann dafür, daß immer gerade so viele überleben, wie ernährt werden können. Also ist die Menschheit für immer an die Armutsgrenze des Existenzminimums gekettet.

Damals lebten in England rund 10 Millionen Menschen. 100 Jahre später, um 1900, waren es 37 Millionen, heute sind es 50 Millionen, und sie leben in einem zu Malthus' Zeiten unvorstellbaren Wohlstand. Wäre Malthus' Theorie richtig, hätte der Malthusianer Josef Stalin gewiß recht behalten und die 12 Millionen Vertriebenen hätten das zerstörte Nachkriegsdeutschland endgültig verelendet und zur reifen Frucht für den Kommunismus gemacht. Stattdessen staunte die Welt über das deutsche Wirtschaftswunder der 50er Jahre. Keine moderne Theorie ist je so gründlich ad absurdum geführt worden und hat sich gleichwohl so hartnäckig gehalten wie diejenige von Thomas Robert Malthus. Ihr genaues Gegenteil sei wahr, erklärten die dänische Wirtschaftsgeographin Ester Boserup und der australisch-britische Ökonom Colin Clark schon vor über 20 Jahren auch mit Blick auf die Dritte Welt.

Kurzfristig hatte Malthus recht. Seine Theorie stimmt unter der Voraussetzung, daß bei wachsender Bevölkerung die verfügbaren Ressourcen gleichbleiben. Etwa Grund und Boden, die Hauptressource seiner Zeit. Gerade dies war die Situation in England vor Malthus, und sie erzeugte den Bevölkerungsdruck, der Malthus zu seinem Essay veranlaßte. Aber ebendieser Bevölkerungsdruck war offenbar auch jene Kraft, die in den Engländern ungeahnte Innovationskräfte freisetzte und sie zu neuen Wirtschaftsweisen zwang. Malthus hatte die Industrialisierung Englands nicht vorausgesehen.

Annahmen, Schätzungen, Deutungen

Zwei Fehleinschätzungen von Malthus verbreiten Neomalthusianer in New York und anderswo im Kampf gegen das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern: Erstens die (für zentrale Planer typische) Vorstellung, daß die Menschen in der Dritten Welt von ihnen zu versorgende Subjekte sind. Hiergegen hat schon Mahatma Gandhi geltend gemacht, daß Kinder mit nur einem Bäuchlein zur Welt kommen, aber mit zwei Händchen. Und mit einem Gehirn, fügt der Bevölkerungsökonom an der Maryland University Julian L. Simon hinzu. In der menschlichen Lernfähigkeit und Kreativität sieht er die »letzte Ressource« überhaupt.³³ Zweitens die (in den Industrieländern verbreitete) Vorstellung, in der Dritten Welt setzten die Menschen bedenkenlos und unkontrolliert Kinder in die Welt. Diese Vorstellung erklärt erst die Überzeugung, diese Menschen seien in Sachen Familie aufklärungs- und beratungsbedürftig, und diese Überzeugung wiederum liegt der Idee der Familienplanungsdienste zugrunde. Sie sollen der Unaufgeklärtheit abhelfen und tun dies nach den in Industrieländern entwickelten Maßstäben. In den modernen Industriegesellschaften ist aber der fatale Niedergang der Fruchtbarkeit, wie Miegel und Wahl³⁴ eindrucksvoll zeigen, eng mit dem individualistischen Lebensstil verknüpft. Vermutlich sind die internationalen Planer überzeugt, die Fruchtbarkeit lasse sich technisch und politisch je nach Bedarf nach unten wie nach oben steuern. Erkenntnisse darüber liegen nicht vor.³⁵ Insofern ist auch für die Entwicklungsländer eine Globalisierung des Verhütungstrainings durch die Industrieländer langfristig nicht risikolos. Auch sie könnten am Ende in deren Implosionsspirale geraten.

Der Weltbankbericht »Population Change and Economic Development« von 1985 spricht davon, daß die Familienplanungsprogramme in Entwicklungsländern den Bedarf zuerst schaffen, um ihn dann zu befriedigen. Tatsächlich sind das Ergebnis der in Kairo mit »Anleitung, Information, Aufklärung, Kommunikation, Beratung und Diensten« (7.14) beschriebenen Strategie zunächst jene »unmet needs« (ungedeckter Verhütungsbedarf), von dem nicht nur im Aktionsprogramm, sondern auch in dem – unter Aufsicht von Nafis Sadik – im August 1994 veröffentlichten Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen die Rede ist. Der »ungedeckte Verhütungsbedarf« gilt als Ausdruck selbstbestimmter Nachfrage von Frauen oder

³³ Julian L. Simon, *The Ultimate Resource*, New Jersey 1981 (Princeton University Press ⁵1989; völlig neu bearbeitete Fassung in Vorbereitung). Ders., *Population Matters*, New Brunswick/New Jersey 1990 (Transaction Publishers).

³⁴ S. Anm. 29; Zentralthese der ganzen Studie.

³⁵ In jüngerer Zeit haben zwei Länder mit entschieden pro-natalistischer Politik eine Trendumkehr in Richtung Fruchtbarkeitssteigerung erreicht: Die DDR vorübergehend zwischen 1976 und 1980 mit einem Wiederanstieg der Fruchtbarkeit von 1,55 auf 1,95 Kindern je Frau (nach 1980 wieder fallend), und Schweden seit 1983. Die damalige Fruchtbarkeit von 1,6 Kindern je Frau stieg bis 1993 auf 2,17. Während in der DDR trotz großer sozialpolitischer Anstrengungen weder das Ersatzniveau der Fruchtbarkeit erreicht noch das erreichte Niveau gehalten werden konnte, gilt Schweden derzeit als einzige Ausnahme vom generellen Abwärtstrend. Über eine Dauerwirkung läßt sich noch nichts sagen. Haupteffekt in Schweden scheint zu sein, daß Mütter – sozialpolitisch angeregt – nicht mehr so lange warten, bis sie das erste Kind bekommen.

Paaren in Entwicklungsländern, und die »Gewährleistung der Eigenentscheidung der Frau über ihre Fruchtbarkeit« (2.4) verlangt dann, ihr auch den Zugang zu den Mitteln zu verschaffen (»Dienste«). Die weltweite Bereitstellung von Verhütungsmitteln erweist sich so als Programm zur Förderung der Selbstbestimmung der im Aktionsprogramm angegebenen 120 Millionen Paare oder Frauen (7.13) mit »ungedecktem Verhütungsbedarf«. Diese Zahl nannte auch schon der Entwurf des Schlußdokuments vom April 1994. Der Weltbankökonom Lant Pritchett hat die Zahl kritisch gewürdigt und für weit überhöht befunden: Verheiratete Frauen, die keine Verhütungsmittel benutzen, aber gesagt hätten, daß sie nicht gleich (wieder) ein Kind wollten, seien wahllos addiert worden. Da seien Unfruchtbare ebenso mitgerechnet worden wie solche, die weitgehend enthaltsam leben oder aus religiösen oder sonstigen Gründen auch dann keine Kontrazeptiva nähmen, wenn sie Zugang dazu hätten. Von den etwa in Uganda erfaßten 27 Prozent der verheirateten Frauen verwendeten allenfalls 5 keine Verhütungsmittel, obwohl sie dies möchten.³⁶

120 Millionen »Frauen, die nicht verhüten, obwohl sie wollen«, nennt auch der Weltbevölkerungsbericht 1994.³⁷ Sie gehören dort zu den »in den Entwicklungsländern rund 350 Millionen, (die) keine modernen Methoden der Familienplanung an(wenden)«, oder, wie es in der Kurzfassung für die Presse heißt, »keinen Zugang haben zu sicheren und wirksamen Methoden der Fruchtbarkeitsregulierung oder zu Informationen, wo sie diese erhalten könnten und wie sie anzuwenden sind.«³⁸ Hierfür werden dann unter anderem »kulturelle Barrieren« verantwortlich gemacht, die zu überwinden sind. Andererseits sind laut Aktionsprogramm von Kairo Traditionen, Religionen, sittliche Werte, Kulturen und weltanschauliche Überzeugungen uneingeschränkt zu achten (1.17). Der Weltbevölkerungsbericht selbst stellt für das Jahr 2000 eine Nachfrage von 500 bis 600 Millionen Paaren nach Verhütung in Aussicht.

Wie Lant Pritchett und schon 1942 der britische Ökonom und Nobelpreisträger John Hicks³⁹, räumt auch Lord Peter Bauer, laut UN-Liste einer der Gründerväter der Entwicklungsökonomie⁴⁰, mit dem Irrtum auf, viele der Kinder in der Dritten Welt seien unerwünschte Kinder. Alle traditionellen Gesellschaften hätten seit eh und je »Familienplanung« praktiziert, auch in Entwicklungsländern, trug Lord Bau-

³⁶ Population and Development Review, März 1994. Vgl. auch The Economist v. 28. 5. 94, wo unter dem Titel »Population Misconceptions« (S. 93–94) Zweifel an der Wirksamkeit von Verhütungsstrategien erhoben werden und auch L. Pritchetts Studie referiert wird.

Lt. einer in Kairo verbreiteten Kongreßzeitung d. Inter Press Service (IPS) wurde die in Population and Development Review publizierte Studie gemeinsam verfaßt von Lawrence Summers, Staatssekretär für Auswärtiges im US-Schatzamt, und Weltbankökonom Lant Pritchett. Wegen Abweichung von der offiziellen Lesart sei Summers von höherer Seite nahegelegt worden, seinen Namen aus der Studie zu entfernen, wenn er seinen Job behalten wolle. Widerstrebend habe sich Summers gefügt und die Studie sei allein unter Pritchetts Namen erschienen. (Terra Viva, Kairo 8. 9. 94, S. 11).

³⁷ UNFPA, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, Weltbevölkerungsbericht 1994, hrsg. v. Deutsche Ges. für die Vereinten Nationen e.V. Bonn, Aug. 1994, S. 30.

³⁸ Weltbevölkerung Kurzinformation 1994, hrsg. v. UNFPA/DGVN, Bonn, Aug. 1994, S. 2.

³⁹ Zit. nach The Economist v. 28. 5. 94 (Population misconceptions, S. 93–94).

⁴⁰ Lord Peter Bauer, Bevölkerung, Wohlstand, Entwicklung. Ende der Verdunkelung, in: Hans Thomas (Hrsg.): Bevölkerung, Entwicklung, Umwelt, Herford, 1995 (BusseSeewald), S. 13–38, hier 14ff.

er im September 1994 in Köln vor.⁴¹ Sonst bekämen die Frauen ja so viele Kinder, wie es biologisch möglich ist. Das aber sei nirgendwo der Fall. Bei den politisch motivierten Programmen gehe es immer nur darum, so Bauer, »ob die Frage, wieviele Kinder die Leute bekommen sollen, von den Eltern oder von Staatsbeamten oder internationalen Agenturen entschieden werden soll. Alle übrige Diskussion ist Schaumschlägerei und Vernebelung.«⁴² Zwar nicht in jedem Einzelfall, aber doch im Großen und Ganzen, meinen die Autoren, hätten die Leute nicht mehr Kinder, als sie wünschen, wemgleich wohl freilich mehr, als wir wünschen.

In diesem Zusammenhang mag die These von Pierre Chaunu von Interesse sein, daß in den Industrieländern viele Frauen weniger Kinder bekommen als sie tatsächlich wünschten. Das liege, so Chaunu, unter der Bedingung technisch perfektionierter Verhütung an der Diskrepanz zwischen der Frage, wieviele Kinder sich eine Frau denn wohl wünsche, und der Frage, ob sie jetzt eines bekommen wolle. Zur Erfüllung des Kinderwunsches sei »Jetzt« dann eben immer der ungeeignete Zeitpunkt.⁴³ Chaunu macht auch aufmerksam auf die folgenschwere Verwechslung zwischen »unerwünschter Schwangerschaft« und Ablehnung des geborenen Kindes.

Vom 1. Nov. 1963 bis 31. Okt. 1964 wurden in einem Ostberliner Stadtrandbezirk von der örtlichen Schwangerenberatungsstelle und gynäkologischen Poliklinik die 812 erfaßten Schwangeren beiläufig befragt, ob die gegenwärtige Schwangerschaft »erwünscht«, »unerwünscht«, oder »jetzt nicht erwünscht« sei. »Erwünscht« antworteten 31,5 Prozent der Schwangeren.⁴⁴ 1963 lag die Fruchtbarkeit in der DDR bei 2,47 Kindern je Frau. Fünf Jahre nach der Wende, die auch den flächendeckenden Zugang zu Kontrazeptiva gebracht hat, beträgt 1994 in den neuen Bundesländern die – weltweit niedrigste – Fruchtbarkeit 0,77 Kinder je Frau. Das entspricht 31,2 Prozent der Geburten je Frau von 1963.

In den Entwicklungsländern hat die Entwicklung, die das Bevölkerungswachstum ausgelöst hat, mit ihrem Fortschreiten auch den Abwärtstrend der Wachstumsraten gebracht. Die Fruchtbarkeitsrate ist der sensibelste Indikator. Die noch immer geschürte Angst vor ständig steigenden Wachstumsraten, vor einer »Bevölkerungsexplosion« also, ist schon seit 25 Jahren unberechtigt. Auch in den Entwicklungsländern greift das Gesetz vom »demographischen Übergang«, nach dem sich bei uns die seit 1750 zunächst immer schneller wachsende Bevölkerung um die Mitte des 20. Jahrhunderts spontan wieder stabilisierte. Das Zeugungs- und Gebärverhalten paßt sich, wenn auch langsam, der gesunkenen Sterblichkeit an.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchsen in den Entwicklungsländern nicht nur die Bevölkerungen, sondern auch von Jahr zu Jahr die Wachstumsraten. Bis 1968. Seitdem nehmen die Wachstumsraten ab, wenn auch mit erheblichen regionalen Unterschieden. Von damals im Gesamtdurchschnitt der Entwicklungsländer 6–7 Kindern

⁴¹ Lindenthal-Institut Köln, Bevölkerung, Entwicklung, Umwelt. Internationales interdisziplinäres Colloquium, Köln 17.–18. und 24. September 1994 (Publikation s. Anm. 40).

⁴² S. Anm. 40, S. 13.

⁴³ Pierre Chaunu, *Die verhütete Zukunft*, Stuttgart 1981 (Seewald), S. 204 ff.

⁴⁴ Eberhard Bäßler, Ein statistischer Beitrag zur Frage der Kinderfreudigkeit der heutigen Familie, in: *Das Deutsche Gesundheitswesen*, Heft 14, 1966, S. 639–642.

je Frau ist die Durchschnittsfruchtbarkeit auf 3,7 zurückgegangen. Setzt man im Durchschnitt der Entwicklungsländer angesichts der dortigen medizinischen Standards ein bloßes Erhaltungsniveau der Fruchtbarkeit mit rund 2,5 an, bedeutet der Rückgang seit 1968 70 Prozent des Weges zum bloßen Generationenersatz in nur 25 Jahren. Durch weitere Senkung der Sterblichkeit und weil besonders viele junge Menschen erst ins fortpflanzungsfähige Alter kommen, wachsen aber die Bevölkerungen über mehrere Jahrzehnte noch schneller, als es der gegenwärtigen Fruchtbarkeit entspricht. Die hier zugrundeliegenden Daten sind keine abweichlerischen Geheimauskünfte, sondern solche, die jedermann den UNO-Statistiken und selbst dem Aktionsprogramm von Kairo (6.2–3) entnehmen kann.

Familienplanerische Einwendungen gegen eine Entwarnung an der bevölkerungspolitischen Aktionsfront sind von dreierlei Art. Erstens wird die Senkung der Geburtenziffern in den letzten 20 Jahren im wesentlichen als Ergebnis erfolgreicher Bevölkerungspolitik ausgegeben (1.8/7.13). Eine unabhängige Studie der Johns Hopkins University von 1985 räumt Familienplanungsstrategien einen Anteil von um 20 Prozent ein. Danach gehen 80 Prozent auf das Konto Demographischer Übergang.⁴⁵ Zweitens wird der Prozeß des demographischen Übergangs, wenn er denn greife, auf jeden Fall als zu langsam eingeschätzt. Die Gefahr, daß uns die Probleme über den Kopf wachsen, sei zu groß. Drittens wird bezweifelt, daß das Gesetz vom demographischen Übergang in bestimmten Weltregionen wirklich greift. Exemplarisch angegeben wurden islamische und schwarzafrikanische Länder. Dort seien Wachstumsraten von unverändert jährlich 3 Prozent und mehr zu verzeichnen und Fruchtbarkeitsziffern von nach wie vor über 6 Kindern je Frau. Als ostasiatische islamische Länder niedrigere Werte auswiesen, wurden die Befürchtungen auf arabisch-islamische Länder beschränkt. Aber dann fielen in Tunesien die Werte auch.⁴⁶ Seitdem war – bis Kairo – eigentlich nur noch die Rede von Afrika südlich der Sahara. Im November 1994 – just nach Kairo – erscheint das Informationsblatt der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung zu Kairo mit dem Aufmacher »Trendwende der Bevölkerungsentwicklung in Afrika?«. Dort heißt es: »In Afrika, das lange Zeit als Ausnahme vom globalen Fruchtbarkeitsrückgang gesehen werden mußte, beginnt auf breiter Front ein markantes Sinken der Fertilität.«⁴⁷

Hinlänglich verlässliche demographische Daten bereitzustellen, die halbwegs zutreffende Aussagen über Bevölkerungswachstumsraten oder Fruchtbarkeit in einem Land erlauben, verlangt einen erheblichen Aufwand. In Nigeria hatte es bis 1991 keine Volkszählung gegeben. Gebildete Nigerianer sprachen 1990 von 120–130 Millionen Einwohnern. Der Weltbankbericht von 1992 gibt für 1990 115,5 Millionen an. 1991 wurde gezählt, die Zählung aber von der Regierung nicht anerkannt. (Schon lange gab es Stimmen, die sagten, eine Volkszählung unterbleibe aus der po-

⁴⁵ The Johns Hopkins University (Hrsg): The impact of Family Planning Programs on Fertility, in: Population Reports, Serie J Nr. 29, Jan/Febr. 1985.

⁴⁶ Gérard-François Dumont, Demographische Entwicklung und regionale wie globale Zukunftsperspektiven, in: Hans Thomas (Hrsg): Bevölkerung, Entwicklung, Umwelt, Herford 1995 (BusseSeewald), S. 81–114, hier: 102.

⁴⁷ ICPD-Newsletter Nr. 14, Nov.–Dez. 1994, hrsg. v. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung.

litischen Sorge, es könne sich herausstellen, daß nicht die Mehrheit der Nigerianer Muslime sind. Nigeria gehöre zum Bund islamischer Staaten, und das verlange, daß die Mehrheit der Bevölkerung islamisch und der Staatspräsident lt. Verfassung Muslim sei). Die Zählung hatte bereinigt um die 90 Millionen Nigerianer ergeben. Der Weltbankbericht 1993 gibt aber für 1991 überraschende 98,5 Millionen an. Wie auch immer, die Fehlschätzungen lagen irgendwo zwischen 20 und 40 Prozent. Wer nun die Weltbankberichte der 80er Jahre zu Rate zieht, verfolgt darin ein tabellengerechtes Wachstum der Bevölkerung von Nigeria um jährlich rund 3 Prozent bis zu jenen 115,5 Millionen von 1990. Woher wußte die Weltbank solch genaue Zuwachsraten?

Zukunftsprojektionen

Den drei genannten Einwendungen entsprechen drei Varianten der UNO-Projektion zukünftiger Bevölkerungsentwicklung. Laut mittlerer Variante wird sich die Weltbevölkerung in den Jahrzehnten nach 2100 bei etwa 12,5 Milliarden Menschen stabilisieren. Die Kurve ist die eines demographischen Übergangs. Die obere Variante geht von einem dauerhaften Weiterwachsen der Weltbevölkerung aus, die um das Jahr 2100 die Marke von 18,5 Milliarden erreicht. Die untere Variante zeigt das Bild eines stark beschleunigten Fruchtbarkeitsrückgangs. Die Weltbevölkerung wächst bis zum Jahr 2025, nimmt nach 2050 wieder ab und erreicht um 2100 wieder das heutige Niveau. Dann schrumpft sie weiter.

Der ICPD Newsletter der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung von November/Dezember 1994 korrigiert auch die bisher angegebene gegenwärtige Zuwachsrate der Weltbevölkerung noch einmal nach unten. Für die Jahre 1990–95 sei sie mit 1,7 Prozent überschätzt worden und liege nach jüngsten Erkenntnissen bei 1,57 Prozent. 1968 hatte sie 2,1 Prozent betragen. In dem Jahr hat sie den Zenit durchschritten.

Überhaupt ist das Jahr 1968 für das bis Kairo reichende Problembewußtsein eine Art Schlüsseljahr. Damals sah die Wachstumskurve der Weltbevölkerung tatsächlich aus wie eine Hyperbel, deren Anstieg immer steiler wird. 1994 wurde in mancher Zeitung die bedrohliche Kurve noch wiedergegeben. Natürlich sind Angaben in absoluten Zahlen wie die, daß gegenwärtig die Menschheit jährlich um 96 Millionen zunimmt, oder daß der Zuwachs von 1 Milliarde Menschen auf 2 Milliarden 121 Jahre (1805–1926) brauchte, die dritte Milliarde in 34 Jahren (1960), die vierte in 14 Jahren (1974), die fünfte in 13 Jahren (1987) hinzukam, eindrucksvoll. 1968 löste die Kurve nicht nur bei Paul Ehrlich den Alarm der »Bevölkerungsbombe« aus. Im Februar 1968 wechselte der wohl bislang namhafteste Verteidigungsminister der USA Robert McNamara vom Pentagon an die Spitze der Weltbank und widmete sich den Sicherheitsinteressen an der bevölkerungspolitischen Front. Man muß sich die damalige Weltbewußtseinslage in Erinnerung rufen, um das Erzürnen vieler darüber zu ermessen, daß Papst Paul VI. in dem gleichen Jahr – ausgerechnet! oder doch nicht zufällig? – die Enzyklika *Humanae vitae* veröffentlichte. Ebenfalls im Jahr 1968 erklärte die Menschenrechtskonferenz von Teheran das Elternrecht, über Zahl und Abstand der Geburten frei und eigenverantwortlich zu entscheiden und das Recht auf eine hierzu angemessene Bildung und Information.

Heute stellt sich ernsthaft die Frage, ob man die Dollar-Milliarden, die Kairo für ein globales Familienplanungsprogramm mobilisieren will, nicht doch besser für die Entwicklung – und damit für die Beschleunigung des demographischen Übergangs – ausgeben sollte. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß in zwanzig oder dreißig Jahren der weltweite Fruchtbarkeitsrückgang jedes Verständnis für das Kairoer Aktionsprogramm beseitigt. Der französische Demograph Jean Bourgeois-Pichat hat 1988 in einer Studie einmal unterstellt, alle Länder der Welt übernahmen über kurz oder lang das Reproduktionsverhalten der Deutschen von 1988, um dann dabei zu bleiben. Den heutigen Entwicklungsländern räumt er einen Zeitverzug von einigen Jahrzehnten gegenüber den Industrieländern ein. Unter diesen Prämissen macht er nach den Berechnungsmethoden der UNO eine Weltbevölkerungsprojektion, die zu dem Ergebnis kommt, daß die heutigen Industrieländer im Jahr 2250, die heutigen Entwicklungsländer im Jahr 2400 ausgestorben sein werden. Allerdings geht es Bourgeois-Pichat weniger um eine Prophezeiung als darum zu zeigen, daß Langfristprognosen letztlich nicht mehr aussagen können, als man in den Rechner eingefüttert hat. Das unmittelbare Interesse jener Studie richtet sich auf Szenarien, die sich aus dem Vergleich der schon absehbar vergreisenden Gesellschaften der heutigen Industrieländer des christlich-europäischen Kulturkreises mit den noch physisch jugendlichen Bevölkerungen je des islamischen, chinesischen, sonst asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Kulturkreises ergeben.

Bevölkerungsentwicklungen fanden bereits Aufmerksamkeit bei den schon während des Zweiten Weltkriegs angestellten Überlegungen über eine zukünftige Weltfriedensordnung, die später zur Gründung der UNO führten und ihr auch eine Zuständigkeit für Bevölkerungsfragen zuwiesen. Allerdings war es die Sorge um den spektakulären Rückgang des Bevölkerungswachstums in England, die König Georg VI. veranlaßte, am 3. März 1944 eine Royal Commission on Population einzusetzen. Die Kommission machte sich Gedanken darüber, daß im 18. und 19. Jahrhundert vor allem das schnelle Bevölkerungswachstum in Europa »die Ausdehnung europäischer Herrschaft über bewohnte tropische und subtropische Länder und deren Entwicklung zu Nahrungs- und Rohstofflieferanten ermöglicht hat.«⁴⁸ Nun aber war es umgekehrt: in Europa stagnierten die Bevölkerungen, während sie in den Kolonien ihr Wachstum beschleunigten.

1967 wurde – nicht zuletzt auf Betreiben der USA – der UNFPA (UN Fund for Population Activities, heute: UN-Bevölkerungsfonds) gegründet, und 1974 debatierte in Bukarest erstmals eine Weltbevölkerungskonferenz einen vom UNFPA im Entwurf vorgelegten Weltbevölkerungsaktionsplan. Einige Entwicklungsländer wandten ein, er sei eine imperialistische Idee des Westens. Im gleichen Jahr legte der Nationale Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten dem Präsidenten das – seinerzeit geheime – Memorandum »NSSM 200« vor, das die Herausforderungen einer zukünftigen internationalen Bevölkerungspolitik der USA darstellt. Die 198 Seiten

⁴⁸ Royal Commission on Population: Report, presented to Parliament by Command of His Majesty, London, Juni 1949; hier zit. nach: The Control of People, IPFA Foreign Policy Papers – Working Papers #5, Information Project for Africa, Inc. Washington D.C., 1994, S. 27.

umfassende Studie mit dem Titel »Auswirkungen des weltweiten Bevölkerungswachstums auf die nationalen Sicherheits- und Überseeinteressen der USA«⁴⁹ skizziert eingangs die negativen Folgen schnellen Bevölkerungswachstums in Entwicklungsländern, zuerst diejenigen für deren eigenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, wobei der Bedrohung durch Nahrungsmittelknappheit und Hungerkrisen eine aus heutiger Sicht unverständlich große Bedeutung beigemessen wird. Die Bedrohung könne sich, so das Papier, noch verschärfen, wenn sich die Befürchtungen einer Abkühlung des Weltklimas mit der Zunahme von Frösten bestätige.⁵⁰ Dann geht es ausführlich um die negativen Folgen für die ungestörte Rohstoffgewinnung in den Entwicklungsländern, für deren freien Fluß und für den Weltfrieden. Die Welt sei zunehmend abhängig von Mineralrohstoffen aus Entwicklungsländern. Die USA stellten zwar nur 6 Prozent der Weltbevölkerung, benötigten aber 30 Prozent dieser Rohstoffe.

Das Problem liege aber nicht in einem zunehmenden Eigenverbrauch einer wachsenden Zahl von Menschen in Entwicklungsländern, denn die relevante Nachfrage nach fossilen Brenn- und Mineralrohstoffen sei diejenige für industrielle Produktion. Wenn schnelles Bevölkerungswachstum die Aussichten von Entwicklungsländern auf wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in die Ferne rücke, sei aber mit politischer Destabilisierung zu rechnen, die die ungestörte Rohstoffgewinnung und deren freien Fluß gefährde. Im Falle Brasilien ist auch, sollte sich der wirtschaftliche Aufschwung fortsetzen, von einer regionalen und weltweiten Machtzunahme im Laufe der nächsten 25 Jahre die Rede.⁵¹

Das Memorandum erkennt einen akuten bevölkerungspolitischen Handlungsbedarf der USA und erörtert ausgiebig Empfängnisverhütungstechniken und andere geburtensenkende Strategien sowie Akzeptanzprobleme und Kosten/Nutzen-Relationen. So legten letztere beispielsweise bei der als sehr wichtig erachteten Bildung der Frauen nahe, herauszufinden, welche Mindestbildung den geburtensenkenden Effekt bringe. Es reiche auch nicht, so das Papier, einer bestehenden Nachfrage nach Verhütungswissen und -mitteln zu entsprechen, es bestehe vor allem auch ein Bedarf an Motivation zur Kleinfamilie, der gedeckt werden müsse.⁵²

Zum Thema Abtreibung gibt das Papier keine Empfehlungen, begnügt sich vielmehr mit einigen Feststellungen wie der, daß legale wie illegale Abtreibungen derzeit weltweit das Hauptmittel zur Geburtenplanung sei und daß kein Land seine Geburtenraten ohne Rekurs auf Abtreibungen gesenkt habe.

Priorität für bevölkerungspolitisches US-Engagement räumt das Papier 13 Ländern ein, auf die einerseits 47 Prozent des Weltbevölkerungswachstums entfallen, und die andererseits für die Sicherheitsinteressen der Welt und die außenpolitischen und strategischen Interessen der USA von wesentlicherer Bedeutung seien: Indien, Bangladesh, Pakistan, Nigeria, Mexiko, Indonesien, Brasilien, Philippinen, Thai-

⁴⁹ US National Security Study Memorandum: NSSM 200; Implications of Worldwide Population Growth for U. S. Security and Overseas Interests, U.S. National Security Council, 10. 12. 1994, 114f.

⁵⁰ Ebd., S. 30.

⁵¹ Ebd. S. 22.

⁵² Ebd. S. 58.

land, Ägypten, Türkei, Äthiopien, und Kolumbien. Aus Akzeptanz- und Effizienzgründen wird bilateraler und multilateraler Kooperation der Vorzug vor Alleingängen der USA eingeräumt und vor Zwangsmaßnahmen gewarnt, großzügiger (Mit-) Finanzierung internationaler Geburtenkontrollprogramme, besonders des UN-Bevölkerungsfonds und nichtstaatlicher Organisationen wie IPPF oder Pathfinder-Fund das Wort geredet. Vor allem sollten die Führungseliten der Entwicklungsländer für solche Programme gewonnen werden – im Interesse ihrer Länder und ohne daß sie darin die Politik eines Industrielandes sähen, die die Stärke ihrer Länder bremsen oder deren Ressourcen zur Verwendung in »reichen« Ländern reservieren wolle.⁵³

Der größeren Akzeptanz dient auch die Empfehlung, Familienplanungsdienste in Gesundheitsdienste zu integrieren, womit die Fruchtbarkeitsenkungen als im Dienste der Gesundheit von Mutter und Kind und zum Wohle der Familien verstanden würden.⁵⁴ Schließlich bedürfe es großer Anstrengungen der Bewußtseinsbildung im Inland (USA), in Entwicklungsländern und im übrigen Ausland, von der Ausbildung des diplomatischen Personals der USA und der Regierenden in Entwicklungsländern angefangen bis zum massiven Einsatz von Schulen und Medien weltweit.

Um einem etwaigen (»ideologisch geprägten«) Verdacht entgegenzutreten, hinter dem US-Einsatz für eine solche Bevölkerungspolitik stehe eine imperialistische Motivation, »solle diese immer wieder dargestellt werden als Ausfluß der Sorge a) um das Recht der Paare, über Anzahl und Abstand ihrer Kinder frei und verantwortlich selbst zu bestimmen und hierzu Information, Bildung und die nötigen Mittel zu erhalten, und b) um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der armen Länder, deren Massenarmut sowohl Folge des schnellen Bevölkerungswachstums sei als sie es auch mitverursache. Darüber hinaus sollten die USA etwas unternehmen, um die Botschaft zu vermitteln, daß eine Kontrolle des Weltbevölkerungswachstums im gemeinsamen Interesse der Industrie- und Entwicklungsländer liegt.«⁵⁵

Der erste Jahresbericht über die nach den Grundlinien von NSSM 200 konzipierte US-Bevölkerungspolitik fügt im Mai 1976 die Empfehlung hinzu, nicht mehr von »Geburtenkontrolle« zu sprechen, sondern von »Familienplanung« und »verantwortlicher Elternschaft«.⁵⁶

Viele Entwicklungsländer haben heute die Fruchtbarkeit der gesunkenen Sterblichkeit bereits weitgehend angepaßt, vor allem die sogenannten Schwellenländer oder NICs (new industrialized countries), aber auch manche Länder Lateinamerikas.⁵⁷ Die Bevölkerungen wachsen noch aufgrund des hohen Bevölkerungsanteils an jungen Menschen, die erst ins Reproduktionsalter kommen. In anderen Ländern verschärft das noch anhaltend stärkere Bevölkerungswachstum unbestritten zahlreiche Probleme, deren Ursache zwar nicht das Bevölkerungswachstum als solches ist, die aber deswegen keinesfalls verniedlicht werden dürfen.

⁵³ Ebd. S. 114.

⁵⁴ Ebd. S. 107, 145f., 176f., 181.

⁵⁵ Ebd. S. 115.

⁵⁶ U. S. International Population Policy First Annual Report, Prepared by The Interagency Task Force on Population Policy, Mai 1976, S. 7.

⁵⁷ S.Anm. 46, S. 90.

Nicht minder gefährlich als die Verniedlichung solcher Probleme ist es allerdings, sie eifertig als Bevölkerungsprobleme feilzubieten, als solche zu dramatisieren und zu verallgemeinern. Dicht bevölkerte Länder mit hohem Bevölkerungswachstum und zugleich aussichtslos erscheinender Lösung vitaler Probleme sind, wenn es solche Fälle gibt, Ausnahmen, die nicht exemplarisch angeführt werden dürfen. Ähnlich wie vor zwanzig Jahren mit Indien geschieht dies heute oft mit Bangladesch. Auch die katastrophalen Massaker zwischen Hutus und Tutsis in Ruanda 1994 wurden mancherorts bereits als typische Übervölkerungsprobleme ausgegeben, noch ehe ethnische und politische Ursachen überhaupt in Erwägung gezogen worden waren.

Ruandas Bevölkerungsdichte von 270 Einwohnern je km² (vor den Unruhen) liegt in der Größenordnung der deutschen (240), übersteigt aber um ein Vielfaches die der meisten anderen schwarzafrikanischen Länder (Tansania 24, Kenia 44, Zaire 17, Südafrika 32, Nigeria um 100). Sie ist andererseits um die Hälfte niedriger als die der Insel Mauritius mit 520 Menschen je km², die gleichwohl einen erstaunlichen Aufschwung genommen hat. Bangladesch ist mit 780 Menschen je km² wirklich ein Ausnahmefall. Indien ist mit 280 (1989) wenig dichter besiedelt als Deutschland, China mit 115 etwa wie Frankreich (105), ganz Amerika mit Ausnahme von El Salvador (250) eher unter- als überbevölkert (USA 26, Kanada 3, Mexiko 50, Peru und Chile 17, Brasilien 17, Uruguay 18, Paraguay 10, Argentinien 12).

Der demographische Übergang war auch in Europa, darüber sieht man heute leicht hinweg, keine idyllische Entwicklung. Der Bevölkerungsdruck, der zu Malthus' Zeiten und später die Industrialisierung Englands erzwang und am Ende sogar Wohlstand für eine vielfache Zahl von Menschen bescherte, hat zunächst einmal die entsetzlichen Anpassungsnot der Frühindustrialisierung über die Menschen gebracht. Das Know-how des europäischen Aufschwungs liegt als Menschheitswissen vor und ist für die Entwicklungsländer abrufbar. Dort läuft die Entwicklung schneller ab. Das erklärt die zunächst im Vergleich mit dem damaligen Europa noch höheren Bevölkerungszuwachsraten und verschärft die kulturellen und sozialen Anpassungsnot noch. Wofür England zweihundert Jahre brauchte, lief in Japan in weniger als hundert, in Korea in fünfzig Jahren ab.

Andererseits haben die Entwicklungsländer die Chance, Fehler, die wir gemacht haben, nicht zu wiederholen. Sie müssen das auch. Unsere Korrekturen kommen ihnen dabei zugute. Die ökologische Herausforderung der Industrieländer ist eine wissenschaftlich-technische Herausforderung aus der (noch jungen) Erkenntnis, daß auch die Umwelt global eine erschöpfbare Ressource ist. Ob die Ökologie als Überlebensfrage uns größere und grundsätzlichere Probleme aufgibt, als es für unsere Vorfahren deren Überlebensprobleme waren, läßt sich naturgemäß nicht beantworten. Hier und jetzt halten wir sie für einzigartig. Aber vielleicht liegt darin auch eine rückblickende Geringschätzung der Probleme, die die Generationen nach Malthus gelöst haben. Auch unsere Vorfahren, die noch Jäger und Sammler waren und ihre Jagdreviere zunehmend überjagen mußten, dürften recht verzweifelt gewesen sein, bis sie auf die Idee des Ackerbaus kamen.

In den letzten zwanzig Jahren ist zwar häufig von Hungerkatastrophen berichtet worden, die sich allerdings regelmäßig in äußerst dünn besiedelten Weltregionen er-

eigneten. Und selbst dort waren sie oft von Krieg, Kriegsfolgen oder offensichtlicher politischer Mißwirtschaft ausgelöst. Aus bevölkerungsreichen, halbwegs human regierten Ländern in Friedenszeiten ist von Hunger nirgendwo berichtet worden, obwohl ihn dort ja eigentlich die veröffentlichte Meinung verlangt.

Einen Spiegel dieser veröffentlichten Meinung liefern die spontanen Antworten der Schüler einer englischen Schulklasse auf die Frage des Lehrers nach ihrer Einschätzung des Zusammenhangs zwischen Bevölkerung und Wohlstand. Mit dieser Rundfrage beginnt ein Videofilm zum Bevölkerungsproblem für den Schulgebrauch in England⁵⁸. Je mehr Menschen, sagen die Schüler, um so ärmer das Land, um so belasteter die Umwelt, um so geringer die Chance menschenwürdiger Entwicklung. Dann sagt der Lehrer, er habe drei Länder im Sinn: eines mit 24 Menschen je km², fruchtbarem Land und reichlich Bodenschätzen; ein zweites mit 158 Einwohnern je km², gebirgig, mit entsprechend weniger landwirtschaftlich bestellbaren Flächen und so gut wie keinen Bodenschätzen; ein drittes schließlich mit 5.294 Einwohnern je km², ohne Landwirtschaft, ohne Bodenschätze. Außerdem sei das Wasser knapp. Die Schüler stellen Vermutungen an, bis der Lehrer die Länder nennt: Erstens Tansania (Volkseinkommen pro Kopf und Jahr US-\$ 240.-), zweitens die Schweiz (17.840 US-\$), drittens Hongkong (6.720 US-\$). Nach dem Zweiten Weltkrieg war Hongkong eine armselige Flüchtlingsiedlung zwischen ein paar erodierten Berghängen mit einer explodierenden Bevölkerung in unvorstellbarem Elend.

Überraschend, wie schnell die Schüler umschalten und nun sogar bereit sind, hohe Bevölkerungsdichte zu einer Wohlstandsvoraussetzung zu erklären. Denn, so begründen sie das, größere Bevölkerungsdichte liefere bessere Bedingungen für Arbeitsteiligkeit, Leistungsaustausch und Handel, und die erforderliche Infrastruktur sei pro Kopf billiger. So einfach, sagt der Lehrer, sei es nun auch wieder nicht.

Die grundlegenden Untersuchungen zum Zusammenhang von Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung hat in den 60er Jahren der Harvard-Ökonom und Nobelpreisträger von 1971 Simon Kuznets durchgeführt. Er studierte alle Länder, für die über einen Zeitraum von hundert Jahren Daten vorlagen. Ergebnis: Es gibt überhaupt keinen Zusammenhang. Alle Varianten kamen vor: Länder mit stagnierender Bevölkerung und wirtschaftlichem Erfolg, aber ebensolche mit wirtschaftlicher Stagnation; Länder mit rasantem Bevölkerungswachstum und wirtschaftlichem Stillstand, und ebensolche mit ebenso rasantem, ja noch größerem Wirtschaftswachstum.⁵⁹ Obwohl Kuznets' Befunde oft bestätigt wurden, auch was die Nachkriegsentwicklung in den Entwicklungsländern angeht, hatten sie wenig Einfluß auf die intuitiven Erkenntnisse von Politikern und Publizisten.

Blickt man auf die heutigen Entwicklungsländer innerhalb des Zeitraums der letzten dreißig Jahre, so hat in der überwältigenden Mehrzahl derjenigen, die von Krieg, Kriegsfolgen und handfester politischer – meist sozialistischer – Mißwirtschaft ver-

⁵⁸ Abbey Video Production i. A. v. Family and Youth Concern, 322 Woodstock Road, Oxford OX2 7BS, März 1989.

⁵⁹ Simon Kuznets, *Economic Growth of Nations*, Cambridge/USA, 1971 (Harvard Univ. Press); Ders.: *Population and economic growth*, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 11, 1967, S. 170–193.

schont blieben, das Wirtschaftswachstum mit der Bevölkerungszunahme nicht nur Schritt gehalten, sondern sie deutlich überholt. Das reale Pro-Kopf-Einkommen hat fast überall zugenommen, die Ernährungslage sich quantitativ und qualitativ verbessert (was nicht heißt, daß sie gut oder zufriedenstellend und gerecht verteilt wäre). Lediglich in einigen schwarzafrikanischen Ländern gab es in den letzten Jahren einen Rückfall der Wohlstandsentwicklung hinter dem Bevölkerungswachstum, für den man aber durchaus handfeste politische Ursachen namhaft machen kann.

Die Zukunft des Planeten: Angst oder Zuversicht?

Die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens ist aber kein umfassender Indikator für Entwicklungsfortschritt oder Wohlstandsmehrung. Lord Bauer⁶⁰ macht darauf aufmerksam, daß die Tatsache eines längeren Lebens an sich schon eine hohe persönliche Wohlstandsmehrung bedeutet und das gesicherte Überleben der Kinder auch eine solche für die Familie. Tatsächlich wurde in den Entwicklungsländern von mehr Menschen das Längerleben für mehr Menschen auch erwirtschaftet. In dem Zusammenhang geht Lord Bauer auch der Frage nach, welche individuell-familiären Motive denn im Zuge des Entwicklungsprozesses den Wunsch nach großen Kinderzahlen reduzieren, wie es das statistische Gesetz vom demographischen Übergang abstrakt-numerisch erfaßt. Was bewegt Eltern konkret, die Kinderzahl der sinkenden Sterblichkeit nach und nach anzupassen? Erst die Senkung der hohen Kindersterblichkeit, so Bauer, mache den Weg frei für die ganz neue Erfahrung, daß das konkrete jetzt geborene Kind mit gewisser Sicherheit ein langes Leben vor sich habe (während es die traditionelle Erwartung war, daß von den Kindern wohl einige länger überleben würden). Damit verändere sich die elterliche Perspektive auf das konkrete Kind. Es bekomme plötzlich Sinn, in die Zukunft des konkreten Kindes zu investieren. Dies wiederum sei eine Voraussetzung für die Einsicht in den Sinn von Schulbildung, eines entsprechenden Verzichts auf Kinderarbeit, von Sparen, etc.⁶¹ Dieser positive Perspektivwechsel elterlicher Liebe, der die Person über die Zahl erhebt, schränkt schließlich auch den Wunsch nach großen Kinderzahlen ein. »Gegenstand von Bevölkerungspolitik sind nicht Zahlen, sondern Menschen«, hatte der Sprecher der vatikanischen Delegation, Joaquín Navarro Valls, am 6. September in Kairo erklärt. Der Hl. Stuhl ziehe quantitativen qualitative, personorientierte Ziele vor. Aber nur 7 der 113 Seiten des bevölkerungspolitischen Aktionsprogramms befaßten sich mit dem Thema Entwicklung.

Die Bevölkerungsplaner stehen aber unter dem Diktat des Rechenstiftes. Denn Familienplanung heißt praktisch Senkung der Fertilität (7.13). Sie kommen, ob sie es wollen oder nicht, mit Zahlenvorgaben, die irgendwie in Quoten umzusetzen sind, die dann – ganz frei, so wird betont – die Menschen sich zu eigen machen sollen. Darum sollen die in Kairo anvisierten Milliarden und sollen »alle Führungskräfte im politischen Bereich und des öffentlichen Lebens« laut Aktionsplan »mit allen mögli-

⁶⁰ S. Anm. 40, S. 15.

⁶¹ Ebd. S. 30.

chen Mitteln ein Klima schaffen«, das heißt: unter Einsatz von Schulen, Radio, Fernsehen, Zeitungen, Dorfversammlungen, Volksfesten eine Art Flächenbombardement der »Aufklärung« und »Beratung« in Richtung Klein- und Kleinstfamilie ausrichten, bis die Menschen endlich die Familienplanungskatechismen und -hymnen selbst aufsagen und vorsingen. Dann gelten sie als aufgeklärte, selbstbestimmte Leute, und ihr neuer Bedarf ist dann aus Gründen ihrer Würde zu bedienen. Sehr viel Wert legt das Aktionsprogramm auf eine Einbindung der Familienplanungsdienste, für die »globale, regionale und subregionale Einrichtungen für Beschaffung von Kontrazeptiva« nötig sind (7.25), in die ärztlichen Mutter-Kind-Gesundheitsdienste (8.4/8.17-18). Neben den allgegenwärtigen Kontrazeptiva ist einmal auch von Antibiotika die Rede (8.8).

Daß niemand, wie der Papst es fordert, wegen seiner Kinderzahl sozial geächtet werden dürfe, weder im Staat noch im Dorf noch in der Nachbarschaft, erscheint unter diesen Umständen weder möglich noch erwünscht. Die Drohung mit sozialer Ächtung ist gerade das probate Mittel, Wohlverhalten zu erreichen. Weltbank und Internationaler Währungsfonds, Clinton-Regierung, USAID, Rockefeller- und Ford-Foundation leben es vor: Keine Zuwendungen in Entwicklungsländer ohne bevölkerungspolitische Aktivität der Empfänger! Der Druck, der die Empfänger trifft, setzt sich nach unten fort. Die Frau, die eine Prämie dafür kassiert, saß sie sich Norplant einsetzen läßt, braucht das Geld wirklich. Hier wird jemand nicht befördert, weil er viele Kinder hat, dort wird ein Kredit versagt, ein dritter konnte jene Wohnung nicht bekommen. Das spricht sich rund – und soll es auch.

Vor solch lebensfeindlichen Strategien hat die katholische Kirche immer gewarnt, obwohl der HI. Stuhl, wie Navarro Valls in Kairo erklärte, durchaus anerkennt und auch öffentlich dazu steht, daß mit dem Bevölkerungswachstum ernste Probleme verbunden sind. Sobald das Bevölkerungswachstum, so Navarro Valls, als Faktor isoliert und als eigentliches Hindernis für die Entwicklung hingestellt werde, könne aber von wahrer Entwicklung keine Rede mehr sein.

Hinter der Ausbreitung eines im Namen der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen und der Zukunftsvorsorge lebensfeindlichen Klimas verbirgt sich Angst, Zukunftsangst, sei es die Angst der Industrieländer vor einer demographischen Überrumpelung durch die Entwicklungsländer, sei es die Angst, global der Dinge nicht mehr Herr zu werden. Tatsächlich sagen viele, es sei endgültig fünf vor zwölf, manche auch, es sei schon fünf nach zwölf. Andere, so etwa Jean-Claude Chesnais vom Institut National des Etudes Demographiques (INED) in Paris, halten dagegen mit der Überzeugung, daß das Bevölkerungswachstum den Entwicklungsländern langfristig von Vorteil sein werde.⁶²

Was wirklich kommt, weiß niemand. Droht wirklich der Ressourcenkollaps oder eine ökologische Katastrophe oder wird der entstehende Bevölkerungsdruck in den Entwicklungsländern auch dort die Kraft sein, die gerade groß genug ist, um traditionelle Wirtschaftsstrukturen und -gewohnheiten aufzubrechen und Innovationen herbeizuführen?

⁶² Jean-Claude Chesnais, *La Revanche du Tiers-Monde*, Paris 1987 (Laffont).

Gegen den nach wie vor – auch in Kairo – vorherrschenden Neomalthusianismus setzt eine seit Jahren wachsende Gruppe »revisionistischer« Demographen, Bevölkerungsökonomien und -historiker eine andere Theorie. Zu ihnen gehören klingende Namen wie Simon Kuznets, Friedrich August von Hayek, Alfred Sauvy, Colin Clark, Ester Boserup, Pierre Chaunu, Gérard-François Dumont, Jean-Claude Chesnais, Bernhard Felderer. Der derzeit unbekümmerteste und streitbarste ist wohl Julian Simon von der Maryland University. Manchen gilt er als optimistischer Abenteurer, der alle Probleme auf die leichte Schulter nimmt, anderen als frühaufklärerischer Technik-Utopiker und Macher, obwohl bei näherem Hinsehen Simons Argumentation gerade nicht aus Zukunftsprojektionen lebt, sondern aus demographie- und ökonomiegeschichtlichen Erfahrungen schöpft. Die Geschichte liefert ihm eine Fülle von Material, das sein Vertrauen in die menschliche Kreativität stützt. Allerdings bedürfte sie, um zu alternativen Ressourcen und unerwarteten Lösungen vorzustoßen, offensichtlich des Stimulus handfester Überlebensprobleme. Ob es sich um die Bewältigung von Ressourcen- oder von Umweltproblemen handelt, macht für Simon keinen Unterschied. Auch die Umwelt ist für ihn nichts anderes als eine begrenzte Ressource, und die Einsicht in ihre Knappheit der erste Schritt zur innovativen Problemlösung. Simons Kritiker sind häufiger über ihn empört als sie ihn widerlegen. Simon sieht sie im Perspektivismus unserer konkreten historischen Situation befangen: Für die heute erkannten Probleme kennen wir die Lösung nicht, also sind sie einzigartig. Das sei aber immer so gewesen. Angesichts der Entwaldung hätten im 17. Jahrhundert die Engländer die Erschöpfung des Brennmaterials für die Eisengewinnung und den Hausbrand als unausweichlich vorausgesehen, bis sie auf systematischen Kohlebergbau umgestiegen seien. Dann hätten sich sogar die Wälder wieder erholen können. Ein Beispiel reiht er an das andere. Erst recht aufreizend wirkt es dann, wenn er auch noch befindet, eigentlich habe sich die Umwelt unentwegt verbessert. Er jedenfalls sei glücklich, heute in einer Umwelt zu leben, in der es Brillen und Asthmaspray gibt, ohne die er unendlich viel leiden würde. Ein untrügliches Zeichen für eine verbesserte Umwelt sei die allgemein gestiegene Lebenserwartung.

Simons Theorie setzt eine freie Wirtschaft voraus, in der die Menschen ihre Kreativität entfalten können. Diese Voraussetzung hat er eindrucksvoll belegt im Vergleich der Problemlösungskapazitäten von Markt- und Zentralwirtschaften mit gleichen Ausgangsbedingungen (Bundesrepublik Deutschland und DDR, Taiwan und Festlandchina, Süd- und Nordkorea. Nach der Teilung begann zudem in allen drei Fällen der zentralwirtschaftliche Zwilling mit geringerem Bevölkerungsdruck).⁶³ Wirtschaftliche Freiheit vorausgesetzt, geht Simons revisionistische Theorie – durchaus mit Malthus – davon aus, daß Bevölkerungswachstum kurzfristig zur Verknappung der Ressourcen führt. Das heißt: zu steigenden Preisen. Für gewinnorientierte, risikobereite Unternehmer sind nun gerade diese steigenden Preise Anreiz, nach neuen Ressourcen und Lösungen zu suchen – und zwar auf eigene Kosten, die so die Allgemeinheit nicht belasten. Viele sind erfolglos und gehen unter. Andere – wenige – sind erfolgreich. In einer freien Wirtschaft ist jedenfalls, so Simon, die Er-

⁶³ Julian L. Simon, Mehr Menschen, größerer Wohlstand, mehr Ressourcen, bessere Umwelt, in: Hans Thomas (Hrsg.): Bevölkerung, Entwicklung, Umwelt, Herford 1995 (BusseSeewald) S. 291–330, hier: 311.

folgsaussicht der Lösungssuche besonders groß. Ist ein Problem gelöst, stehen alle miteinander besser da, als wäre das Problem nicht aufgetreten.

Simon versteht die Theorie nicht als Idylle oder Beruhigung. Sie fordere vielmehr zu harter Anstrengung heraus. Sie garantiere zwar nicht das Gelingen, habe aber derjenigen von Malthus voraus, daß sie die Zuversicht wecke, am Ende werde sich die Anstrengung gelohnt haben. Deshalb motiviere sie, sich auch wirklich anzustrengen. Sie setze auf die wichtigste Ressource. Die wichtigste Ressource sei der Mensch⁶⁴ – eine Formulierung, die immerhin auch das Aktionsprogramm von Kairo übernimmt (2.2).

Von welcher Art und welchem Umfang die Anstrengung sein muß, an welcher vielfältigen Fronten und gegen welche Hindernisse sie zu unternehmen ist, wieviel in den vergangenen Jahrzehnten – zumal auch von den Menschen in der Dritten Welt – geleistet und – nicht zuletzt auch von den Industrieländern – versäumt wurde, und vor allem, daß es kein hoffnungsloses Unternehmen ist, davon vermittelt auch der kenntnisreiche amerikanische Wissenschaftsjournalist und langjährige Herausgeber der Zeitschrift *Scientific American* Gerard Piel eine Vorstellung in seinem 1992 erschienenen Buch »Only One World: Our Own to Make and to Keep«, das inzwischen auch in Deutsch vorliegt.⁶⁵

Unterstellen wir, es kommt zu jener Vermehrung der Weltbevölkerung auf 12,5 Milliarden, die die UNO für das 22. Jahrhundert projiziert, dann stehen wir vor der Herausforderung eines »sustainable development« der Erde für das Leben von 12,5 Milliarden Menschen und haben dafür eine Frist von 100 Jahren – und zunehmend viele Menschen, die an dieser nachhaltigen Entwicklung mitarbeiten können. Im übrigen leben wir, was die Zukunft angeht, alle von der Hoffnung, die einen vom Prinzip, die anderen von der Tugend.

Was die Hoffnung betrifft, hatte gegenüber vielen in Kairo allerdings der Papst einen Geländevorteil, weil er auch noch an die göttliche Vorsehung glaubt, die sich normalerweise des Einsatzes des Geschöpfes Mensch bedient. Selbst mit der Möglichkeit zu leben, daß der Planet auch untergehen kann, schafft für den Christen keine neue Lage. Obwohl es unwahrscheinlich ist, daß dies geschieht, weil Menschen Menschen leben lassen wollen.

So tut sich hinter dem Moraldisput von Kairo, den manche mit jenem süffisanten »Moral gegen Sachverstand« abzutun meinten, wohl eine viel weitergehende Auseinandersetzung auf, die heute auszutragen ist, diejenige nämlich zwischen Schöpfungsglaube plus Wissenschaft und einem mittlerweile naiven Wissenschaftsglauben, der aus der Euphorie in die Depression gefallen ist.

Ist es nicht gerade der moderne aufgeklärte Mensch und Verwalter des naturwissenschaftlich-technischen Weltbilds, der es sich exklusiv zugute hielt, mit seiner Kreativität die Zukunft zu beherrschen, und nun bevölkerungspolitisch den status quo der Welt festhalten möchte? Steht gegen solch konservative Planer gar ein progressiver Papst, der zuversichtlich in die Zukunft schaut?

⁶⁴ »The Ultimate Ressource«, s. Anm. 33.

⁶⁵ Gerard Piel, *Erde im Gleichgewicht*, Stuttgart 1994 (Klett-Cotta).